

A1 | Statut § 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

Neuformulierung:

[...] umfasst die Region Hannover und die Landkreise Celle, Diepholz, Göttingen, Hameln-Pyrmont, Harburg, Hildesheim, Holzminden, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Nienburg, Northeim, Schaumburg und Uelzen.

17.6.2007 Neufassung

Der Bezirk Hannover der SPD umfasst die Region Hannover und die Landkreise Celle, Diepholz, Göttingen, Hameln-Pyrmont, Harburg, Hildesheim, Holzminden, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Nienburg, Northeim, Schaumburg und Uelzen.

A2 | Statut § 3 Gliederung und Parteizugehörigkeit

§ 3 Gliederung und Parteizugehörigkeit

(1) (2) übernehmen aus Bundesstatut § 3 (1) (2)

17.6.2007 Neufassung

(1) Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand des zuständigen Ortsvereins. Über die Aufnahme neuer Mitglieder muss der Ortsvereinsvorstand innerhalb eines Monats entscheiden. Lehnt der Ortsvereinsvorstand den Aufnahmeantrag nicht innerhalb eines Monats ab, so gilt dies als Beschluss des Antrags.

(2) Gegen die Abgelehnt des Aufnahmeantrags kann der Bewerber oder die Bewerberin beim Unterbezirksvorstand binnen eines Monats Einspruch einlegen. Gegen diese Entscheidung ist die Anrufung des Bezirksvorstands gegeben. Die Entscheidung des Bezirksvorstands ist endgültig.

Begründung: Das Bezirksstatut soll weiterhin textgleich mit Organisationsstatut sein.

(5) streichen

(6) übernehmen § 3 (5) Bundesstatut

17.6.2007 Neufassung

(5) Jedes Parteimitglied gehört grundsätzlich dem Ortsverein an, in dessen Zuständigkeitsbereich es wohnt. Will ein Mitglied oder ein Beitrittswilliger einem anderen Ortsverein angehören, so hat er dies dem zuständigen Unterbezirksvorstand mitzuteilen, der die (Neu-)zuordnung vornimmt. Dem Antrag soll gefolgt werden, wenn das Mitglied nachvollziehbare Gründe vorträgt und überwiegende Organisationsinteressen nicht entgegenstehen. Betrifft die Ausnahme vom Wohnortprinzip zwei Unterbezirke, so müssen beide eine Ausnahmegenehmigung erteilen. Für die Erteilung der Ausnah-

(7) wird (6)	megenehmigung gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend mit der Maßgabe, dass der Antrag nach zwei Monaten als beschieden gilt. Ausnahmegenehmigungen sind widerruflich. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.
A3 Statut § 6 Bezirksparteitag	
§ 6	Bezirksparteitag
(1)	Zahl der Delegierten 200 .
neu (2) (2) wird (3)	17.6.2007 Die im Bezirk arbeitenden Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren entsenden je zwei stimmberechtigte Delegierte. Der Bezirk legt jeweils mit den Einberufungen fest, welche Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren betroffen sind.
(2)	3. streichen
A4 Statut § 8 Bezirksparteitag	
§ 8 (2)	3. Zeile „Foren“ einfügen Siehe Hinweis zu § 6 (2)
A5 Statut § 9 Aufgaben des Bezirksparteitags	
§ 9 Pkt. 6.	Aufgaben des Bezirksparteitags
	Ersetzen (1) Wahl von Delegierten zu Bundesparteitag. Dabei werden $\frac{3}{4}$ der Mandate vorab auf den Unterbezirks-Parteitag gewählt. Die Verteilung auf die Unterbezirke erfolgt entsprechend der Zahl ihrer abgerechneten Mitglieder. Jeder Unterbezirk erhält ein Grundmandat. Unterbezirke mit mehreren Mandaten müssen das Quotierungsgebot beachten. Ferner muss die Zusammensetzung der Gesamtdelegation des Be-

	<p>zirks quotiert sein.</p> <p>(2) Wahl von Delegierten zu Landesparteitagen. Entsprechend der Regelung zu (1).</p>
<p>A6 Statut § 11 Bezirksvorstand</p>	
§ 11	Bezirksvorstand
(1)	2. Zeile „leitenden“ einfügen.
(2)	<p>5./6. Zeile „ in getrennten Wahlgängen“ entfernen 17.6.2007 neu: Die Wahl des Bezirksvorstands erfolgt in getrennten Wahlgängen. Nacheinander werden gewählt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ der/die Bezirksvorsitzende, ▪ die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden <u>in einer Listenwahl</u>, ▪ der/die Schatzmeister/in, ▪ die weiteren Mitglieder des Bezirksvorstands.
<p>A7 Statut § 12 Bezirksvorstand</p>	
§ 12 (1)	<p>letzten Satz streichen</p> <p>„Bei der Funktion des/der Geschäftsführers/in in Unterbezirken stellt er (der Bezirksvorstand) das Benehmen mit dem Unterbezirksvorstand her.“</p>
<p></p>	

A8 | Statut § 14 Bezirksbeirat

§ 14	Bezirksbeirat
(1)	1. „5000“ ersetzen durch „2000“ „5000 bis 10.000“ ersetzen durch „2000 - 5000“ „10.000“ ersetzen durch „5000“
(2)	1. streichen 2. anfügen „sowie den Sprechern/innen der Projektgruppen und Foren

A9 | Statut § 16 Bezirksbeirat

§ 16 (1)	Beim zweiten Spiegelstrich anfügen : [...] dazu zählt die Aufstellung von Landeslisten.“
-----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------

A10 | Statut § 18 Unterbezirke

§ 18	Unterbezirke
(2)	Neu formuliert Die im Unterbezirk arbeitenden Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren entsenden stimmberechtigte Delegierte. Der Unterbezirk legt jeweils mit den Einberufungen die Zahl der Delegierten fest und welche Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren betroffen sind. Entsprechend § 6 (2).
(4)	Zweiten Satz ersetzen durch „Die Zahl der nicht von den Ortsvereinen gewählten Delegierten (Vorstandsmitglieder mit Stimmrecht, Delegierte von Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren) darf jedoch nicht mehr als 1/5 der satzungsmäßigen Gesamtzahl der Gesamtstimmberechtigten des Unterbezirksparteitag betragen.
(2) wird (3)	
(3) wird (4)	
(4) wird (5)	

A11 | Statut § 19 Unterbezirke

§ 19 (1)

Zusammensetzung des UB-Vorstands

5./6. Zeile streichen

„...sowie dem/der zuständigen ParteigeschäftsführerIn“

A12 | Statut § 23 Allgemeine Wahlbestimmungen

§ 23

Allgemeine Wahlbestimmungen

(1)

Neu formuliert aus § 12 (4) Bundesstatut
als 3. Zeile einfügen

„Soweit die Wahlgesetze und Satzungen nicht entgegenstehen, können die zuständigen Vorstände beschließen, dass Kandidatinnen und Kandidaten für Gemeindevertretungen, ein Direktwahlamt oder Parlamente von Vollversammlungen aufgestellt werden.“

(2)

Im dritten Absatz streichen

„wie...Wahlkreisvorschläge“

5

A13 | Statut § 24 Mitgliederentscheid

§ 24

Mitgliederentscheid

(3)

Vierte Zeile einfügen

„binnen einer Frist von 3 Monaten“

(6)

„1/5“ ersetzen durch

„1/3“

A14 | Statut § 8 Bezirksparteitag

§ 25 (4)

Ersetzen durch § 4 der Schiedsordnung

(1) Der Spruchkörper der Schiedskommission ist besetzt mit dem oder der Vorsitzenden und beiden Stellvertretern oder Stellvertreterinnen als Beisitzerinnen bzw. Beisitzer. Im Spruchkörper müssen beide Geschlechter vertreten sein.

(2) Im Fall der Verhinderung des oder der Vorsitzenden wird dieses Amt von den Stellvertretern oder Stellvertreterinnen in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmenzahl wahrgenommen. Die weiteren Mitglieder rücken in der Reihenfolge der auf sie bei der Wahl entfallenen Stimmenzahl nach, wobei Beisitzerinnen und Beisitzer außer Betracht bleiben, deren Nachrücken mit Abs. 1 S. 2 unvereinbar wäre. Stehen nicht genügend Kandidatinnen bzw. Kandidaten eines Geschlechts zur Wahl oder für ein Nachrücken zur Verfügung, so ist eine Verletzung von Abs. 1 S. 2 unschädlich.

(3) Bei gleicher Stimmenzahl bestimmt sich die Reihenfolge durch Losentscheid der Versammlungsleitung.

A15 | Statut § 26 Finanzwesen

§ 26

Finanzwesen

(1)

Ersetzen (1) und (2) Satz 1

Der Mitgliedsbeitrag wird vom Bezirk gemäß § 1 Abs. 7 der Finanzordnung durch Banklastschrift eingezogen. Die Ortsvereine erhalten 19%, die Unterbezirke 2% der auf sie entfallenden Mitgliedsbeiträge. Bei der Berechnung sind die durch Beschluss des Parteivorstands – im Einvernehmen mit dem Parteirat – pro Mitglied abzuführenden Leistungen an den Parteivorstand (zurzeit 0,26 EUR Strukturhilfe und 0,26 EUR für den Vorwärts) abzuziehen.

Weitere Regelungen zur Finanzierung können in den Unterbezirken zwischen den Gliederungen beschlossen werden.

Verwaltungskostenzuschüsse des Bezirks an die Unterbezirke erfolgen im Einvernehmen mit dem Bezirksbeirat.

(Finanzordnung § 1 Abs. 9: Alle regelmäßigen Zahlungen eines Mitglieds an die Partei (monatlich, vierteljährlich, halbjährlich, jährlich) sind Mitgliedsbeiträge (nicht Spenden) und unterliegen der prozentualen Aufteilung)

(2)

Mitglieder der SPD, die öffentliche Wahlämter oder Mandate innehaben, leisten neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen Sonderbeiträge (Mandatsträgerbeiträge). Die Sonderbeiträge werden an die jeweils zuständige Parteigliederung geleistet. Auf der kommunalen Ebene ist die Höhe der Sonderbeiträge in EURO durch die Parteigliederung Ortsverein/(Samt-) Ge-

	meinde-/Stadtverband/Unterbezirk nach §2 (3) zu beschließen. [...]
A16 Statut § 29 Schlussbestimmungen	
§ 29	Schlussbestimmungen
	neu formuliert: Das Statut und jeweils beschlossene Änderungen treten mit der Beschlussfassung in Kraft.
5	A17 Statut § 2 (3) Neufassung des §2 (3) Organisationsstatut des SPD-Bezirks Hannover Die Ortsvereine werden auf der Ebene der politischen Gemeinde, in Samtgemeinden auf dieser Ebene gebildet. Der Unterbezirksvorstand kann nach den Grundsätzen des Absatzes (2) eine abweichende Abgrenzung beschließen. 10 Bestehen demnach in einer Samtgemeinde mehrere Ortsvereine, so bilden sie einen Samtgemeindeverband, entsprechend mehrere Ortsvereine in einer politischen Gemeinde einen Gemeinde-/Stadtverband. Über abweichende Regelungen kann der Bezirksvorstand auf Antrag des Unterbezirksvorstandes beschließen.
15	B1 Innerparteiliches Ehrenamt stärken Innerparteiliches Ehrenamt stärken Der SPD-Bezirk Hannover wird gebeten, konkrete Schritte zur Entlastung der in den Ortsvereinen ehrenamtlich Tätigen einzuleiten. Exemplarisch soll genannt sein: 20 <ol style="list-style-type: none">1. Vereinfachung des Wahlsystems bei Delegiertenwahlen und praktische Hilfestellung bei der Durchführung2. Praktische Hilfestellung bei der Innen- und Außendarstellung3. Umgang mit säumigen Beitragszahlern (Verfahren gem. §1, Abs. 5 der Finanzordnung)4. Weitere Handlungsfelder sind mit den Gliederungen zu erörtern.
25	Weiterleitung an die Organisationskommission

B2 | Vorschläge zur Terrorabwehr

Die Delegierten des Bezirksparteitags sprechen sich für den Schutz unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates und gegen Bundesminister Schäubles neue Vorschläge zur Terrorabwehr aus, die alle Bürger zu potentiellen Terroristen machen.

- 5 Bundesinnenminister Schäubles Versuch, eine gesetzliche Grundlage zur Online-Durchsuchung von Computern durch die Polizei zu schaffen, wird zurückgewiesen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, Maßnahmen in dieser Zielrichtung aktiv zu verhindern.

10 B3 | Mindestlohn jetzt!

Der SPD-Bezirk Hannover unterstützt die Forderung nach gerechtem Lohn für gute Arbeit. Mindestlöhne jetzt!

- Wir wollen tarifvertragliche Lösungen. Deswegen fordern wir die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes auf alle Wirtschaftsbereiche. Damit ermöglichen wir branchenbezogene Mindestlöhne, etwa im Bewachungsgewerbe, im Hotel- und Gaststättengewerbe oder bei der Leiharbeit. In Branchen, in denen tarifliche Lösungen nicht greifen oder Tariflöhne ein Mindestniveau unterschreiten, brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn, der sich in seiner Höhe am Niveau vergleichbarer europäischer Länder orientieren muss.

- 15 Menschen, die einer Vollzeitberufstätigkeit nachgehen, müssen von ihrer Arbeit auch menschenwürdig leben können. Unsere europäischen Nachbarn haben gute Erfahrungen gemacht. In 20 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Auch die Unternehmen profitieren, wie das Beispiel Großbritannien zeigt: Produktivität und Qualität der Leistung sollen über die Stellung im Wettbewerb entscheiden, nicht Lohndumping und Schmutzkonkurrenz.

- 20 Viele Menschen arbeiten den ganzen Tag und können sich und ihre Familien trotzdem nicht vom erarbeiteten Lohn ernähren. Stundenlöhne von drei oder vier Euro verletzen einen wichtigen Grundwert unserer sozialen und demokratischen Ordnung: die Würde des Menschen und seiner Arbeit.

- 25
 - 30
 - Mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten in Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50 Prozent des Durchschnittslohnes betragen.
 - Die Tarifbindung nimmt weiter ab. Nur 68 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 53 Prozent in Ostdeutschland erhalten tariflich vereinbarte Löhne.
 - 35
 - 60 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Aufstiegsmobilität in besser bezahlte Jobs ist gering.
 - Niedriglöhne sind kein Einstieg in eine bessere Zukunft, sondern bedeuten meist Verharren in Armut.

Mindestlöhne jetzt!

B9 | Ersatzlose Streichung § 35 Bundeswahlgesetz

Ersatzlose Streichung § 35 Bundeswahlgesetz

Die SPD fordert die ersatzlose Streichung des § 35 Bundeswahlgesetz (Stimmabgabe mit Wahlgeräten).

5

B11 | Für eine medizinische Versorgung für Alle

Für eine medizinische Versorgung für Alle

Wir fordern die Bundesregierung auf, medizinische und soziale Hilfen, Betreuung in Kitas und die Beschulung für Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus aus humanitären Gründen rechtlich abzusichern. Des Weiteren muss darauf hingewirkt werden das § 87 („Denunziationsparagraf“) und § 96 („Schlepperparagraf“) abgeschafft werden, damit eine strafrechtliche Verfolgung von medizinischem Personal, das die Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne regulären Aufenthaltsstatus sichert, eingestellt wird.

10

B13 | Endlagersuche in Deutschland

Endlagersuche in Deutschland

Der SPD-Bezirk Hannover fordert die konsequente Umsetzung des Ein-Endlager-Konzeptes für alle Arten atomarer Abfälle.

Der SPD-Bezirk Hannover fordert die Definition von Kriterien für die Endlagerung atomarer Abfälle, die heutigen internationalen Anforderungen standhält und dabei keine Festlegung auf ein bestimmtes Endlagermedium vornimmt. Für das Bergwerk Asse ist ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren durchzuführen.

Der SPD-Bezirk Hannover fordert die deutschlandweite Endlagersuche heutigem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechenden internationalen Standards gerecht werdenden Kriterien. Diese muss noch vorgenommen werden. Der von Bundesminister Gabriel vorgeschlagene Weg einer Endlagersuche wird grundsätzlich befürwortet, allerdings geht die SPD im Bezirk Hannover weiterhin von der Nichteignung des Salzstockes in Gorleben aus.

Eine Aufhebung des Moratoriums für Gorleben ohne ein abgeschlossenes Gesetzgebungsverfahren zur deutschlandweiten Endlagersuche lehnt die SPD ab.

30

B14 | Atomkraft beschleunigt Klimawandel-Ausstieg energisch fortsetzen!

Atomkraft beschleunigt Klimawandel – Ausstieg energisch fortsetzen!

5 I. Atomkraft – alter Wein in neuen Schläuchen

Zurzeit nimmt die Debatte um die Nutzung der Atomenergie erneut an Intensität zu. Nachdem in den vergangenen Jahren immer wieder unzutreffende Argumente wie die Preisgestaltung oder die Verfügbarkeit oder die Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten für die weitere Nutzung der Atomkraft vorgebracht worden sind, muss jetzt sogar der Klimawandel herhalten. Die AKW werden von ihren Betreibern als die Klimaschützer der Zukunft verkauft. Aus dieser Argumentation heraus wird der im Juni 2000 zwischen sozialdemokratisch geführter Bundesregierung und Energiewirtschaft geschlossene Ausstiegsvertrag immer mehr in Frage gestellt. Opposition und die 4 Oligopolisten aus der Energiewirtschaft wollen vertragsbrüchig werden. Sie fordern eine drastische Verlängerung der Laufzeiten der bestehenden AKW, zum Teil auch immer unverhohlener den Wiedereinstieg in die wirtschaftliche Nutzung der Atomkraft. Dabei verweisen sie auf vermeintliche internationale Entwicklungen in Europa (Frankreich, Finnland) und Übersee (insbesondere Indien und China) und geben vor, dass sich so die Folgen des Klimawandels abmildern lassen.

Schon die Legenden der Atomkraft aus den vergangenen Jahrzehnten haben einer genauen Überprüfung nicht standgehalten. Würden beispielsweise alle Kosten, so auch die die vom Staat getragen werden, in dem Atomstrompreis eingerechnet werden, müsste dieser pro Kilowattstunde bei mehr als 1,30 Euro liegen und wäre nicht mehr wettbewerbsfähig.

II. Atomkraft – unendlich verfügbar?

Der Anteil der Atomenergie an der weltweiten Energieerzeugung beträgt weniger als 3 Prozent. Sie wird lediglich in 15 Staaten zur Stromerzeugung eingesetzt. Der Wirkungsgrad von AKW beträgt regelmäßig weniger als 35 Prozent. Insgesamt sind 443 AKW weltweit in Betrieb. Die Reichweite der atomaren Rohstoffe – ohne Wiederaufarbeitungstechnologie – beträgt je nach Expertenmeinung lediglich 40 bis 60 Jahre. Würde ein drastischer Ausbau der Nutzung von AKW zur Stromerzeugung erfolgen, wäre die Reichweite der Uranvorkommen entsprechend geringer ohne dass der Anteil an der weltweiten Erzeugung von Energie signifikant ansteigt.

Vertreter der Atomwirtschaft behaupten sehr viel längere Reichweiten und verweisen darauf, dass bei entsprechend steigenden Rohstoffpreisen die Erschließung von bisher unrentablen Uranvorkommen „lohnend“ werden würde. Aussagen über die ökologischen Auswirkungen und die ökonomischen Folgekosten einer solchen Erschließung fehlen dabei regelmäßig.

Gleichzeitig erfährt auch die Wiederaufarbeitung zumindest eine theoretische Renaissance, manche Lobbyisten bringen die Plutonium-gestützte Brütertechnologie wieder ins Gespräch.

40 III. Atomkraft – Lösung der weltweiten Energiefrage?

Die Atomtechnologie ist die kapitalintensivste Form der Energieerzeugung. Schon heute müssen staatliche Subventionen, wie auch in der Anfangszeit der wirtschaftlichen Nutzung der Atomkraft, gezahlt werden, damit Energieversorgungsunternehmen überhaupt den Bau neuer Anlagen erwägen. So geschieht dies in Finnland und in Frankreich. Für Länder in der Dritten Welt oder auch Schwellenländer scheidet der Bau von AKW aus, weil sie weder in der Lage sind die Anlagen zu bezahlen noch die nötigen Subventionen aufzubringen. Wenn, anders als bisher in Deutschland, womöglich die gesamten Folgekosten dem aus

AKW erzeugten Strom zugeordnet werden würden, wäre dieser nicht mehr wettbewerbsfähig. Gleiches gilt im Übrigen auch für Europa.

Die Atomwirtschaft missbraucht die Klimadiskussion für ihre Zwecke. Auch wenn der CO₂-Ausstoß eines AKW im Vergleich z.B. zu einem Kohle- oder Gaskraftwerk geringer ist, bedeutet dies keinen erheblichen positiven Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele. Auf Atomtechnologie zu setzen bedeutet, den Weg für die tatsächlich notwendigen Schritte einer zukunftsorientierten Energiepolitik zu blockieren. Laufzeitverlängerungen für die auf einer veralteten Grundtechnologie basierenden Atomkraftwerke auf 60 oder mehr Jahre würden den Druck auf die Energiewirtschaft vermindern, sich mit modernen Technologien auszustatten. Sie würden auch dazu führen, dass das Oligopol der vier AKW-betreibenden Energieversorgungsunternehmen verstetigt wird und damit eine weitere Einschränkung des Energiemarktes einhergehen würde.

IV. Atomkraft verhindert Wachstum und Beschäftigung!

Diese Zukunftsorientierung muss ihre Schwerpunkte unter anderem auf dem Gebiet der Energieeffizienz, der technologischen Weiterentwicklung erneuerbarer Energien, der Forschung neuer Speichertechnologien und der Entwicklung von effektiven Methoden zur Energieeinsparung haben. Sie schafft neben einem wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz Wachstum und Beschäftigung weit über das hinaus, was die Atomtechnologie beitragen könnte. Schon heute sind im Bereich der erneuerbaren Energien allein in Deutschland mehr als 170.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Angesichts der aktuellen Prognosen über die wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels und der nötigen Investitionen, um dessen Folgen abzumildern, ist davon auszugehen, dass dieser Wirtschaftszweig in den kommenden Jahren noch mehr an Bedeutung gewinnen wird.

V. Risiken der Atomkraft kalkulierbar?

Wer mit der Atomkraft dem Klimawandel begegnen will, verkennt die Risiken der Atomkraft. Tschernobyl hat in diesem Zusammenhang dem Begriff der Globalisierung eine andere Qualität gegeben. Ein einziger Katastrophenfall dieser Qualität dürfte alles in den Schatten stellen, was an vermeintlicher Klimafreundlichkeit der AKW behauptet wird. Schon allein die Tatsache, dass auch heute noch Dutzende von Reaktoren des Tschernobyl-Typs in Betrieb sind, ist besorgniserregend.

Auch der Hinweis auf die vermeintlich überlegene westliche Technologie ist nicht hilfreich. Ob in den USA, in Japan oder in Deutschland – immer wieder hat es auch in westlichen Nationen Störfälle gegeben. Aus der jüngeren Vergangenheit sind der bis heute nicht aufgeklärte Zwischenfall in Sellafield oder das technische Versagen im schwedischen Forsmark zu nennen, das nicht weit von einem GAU entfernt war.

Ein weiteres unkalkulierbares Risiko stellen alle Fragen der Proliferation dar. Gerade die aktuellen Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm oder die Situation auf der koreanischen Halbinsel verdeutlichen, wie wenig die vermeintlich friedliche Nutzung der Atomkraft von der militärischen Frage zu trennen ist.

Angesichts des geringen Anteils der Atomkraft an der weltweiten Energieerzeugung heben diese Risiken einen vermeintlichen Beitrag zum Klimaschutz bei weitem auf.

VI. Atomkraft ist kein Beitrag zum Klimaschutz

Die Atomkraft liefert bei Abwägung ihrer vermeintlichen CO₂-Freiheit mit den unkalkulierbaren Risiken ihrer wirtschaftlichen Nutzung keinen Beitrag zur Gestaltung einer modernen Energieversorgung – weder in Deutschland, noch in Europa und erst recht nicht weltweit. Die Atomkraft verzeiht keine Fehler und die Auswirkungen eines GAU lassen sich – jedenfalls nach heutiger Erkenntnis – nicht begrenzen. Laufzeitverlängerungen für alte AKW blockieren den notwendigen Umbau der Energieversorgung in Deutschland.

Resolution

B15 | Forderungskatalog Nachhaltige Umweltpolitik

Forderungskatalog Nachhaltige Umweltpolitik

5 Der Klima- und Umweltschutz gehört zur sozialen Verantwortung aller Menschen gegenüber unserer Erde und ihrer Bewohner, in Gegenwart und Zukunft!

10 Im Jahre 2012 wird das derzeitige Kyoto-Protokoll seine Gültigkeit verlieren, daher sollen Bundespartei und Bundesregierung aufgefordert werden, internationale Initiativen zu starten, um eine Weiterführung und vor allem eine Erweiterung des Kyoto-Protokolls zu ermöglichen.

15 Länder, wie zum Beispiel die USA, die bisher das Kyoto-Protokoll ablehnen, sollen hierbei verstärkt in die Pflicht genommen werden. Dies gilt genauso für aufsteigende Industrienationen wie China oder Indien. Bisher erfüllte Deutschland die Umweltschutzanforderungen der EU komplett und sollte, durch die EU-Ratspräsidentschaft, seine Bemühungen im Umweltschutz als ein zentrales Thema festsetzen.

In internationaler Gemeinschaftsarbeit müssen vor allem weltweit agierende Unternehmen in die Verantwortung gezogen werden.

1. Landesumweltpolitik

20 Berichte über den katastrophalen Zustand der Asse bei Salzgitter lassen nichts Gutes erahnen. In diesem ehemaligen Salzstock wurden in den 60ern mehr als 125.000 (!) Fässer schwach- bzw. mittelradioaktiver Müll eingelagert. Bereits seit 1994 dringt dort Grundwasser ein, welches in Verbindung mit dem Salz die Fässer rosten lässt. Diese maroden Fässer können deshalb nicht mehr geborgen werden. Die Auswirkungen für das Grundwasser sind unermesslich. Deshalb muss das Bergwerk nach den Endlagerrichtlinien und nicht nach dem Bergwerksgesetz verschlossen werden! Weiterhin muss die Herkunft dieser Fässer ermittelt und offen gelegt werden. Sollten andere Bundesländer auch Herkunftsländer sein, so müssen sie an den Kosten der Sanierung und Sicherung beteiligt werden!

30 Öko-Produkte finden immer häufiger Absatz in Handel. Nach Verbandsberichten ist die Kapazität der ansässigen Ökobauern zu gering, um den wachsenden Markt zu bedienen. Gleichzeitig sollen die Mittel der Förderung in diesem Bereich weiter gekürzt werden. Hiergegen sprechen wir uns vehement aus! Stattdessen sollen industriellen Zuchtbetrieben die Subventionen gekürzt und deren Kontrollen verstärkt werden, auch um den Betrug mit Gammelfleisch einzudämmen.

Als dritten Punkt halten wir die Rückkehr zu regenerativer Bewirtschaftung der Felder für sinnvoll. Somit wird die Belastung durch Düngemittel und Pestizide auf die Böden und damit auch auf das Grundwasser vermindert.

40 Das 100.000 Dächer-Programm war ein richtiger Schritt in Richtung der Nutzung alternativer

Energien. Die Jusos fordern auch die Wiederbereitstellung von Fördermitteln für Industrie und staatliche Gebäude (besonders Schulen). Hiermit sollen Anreize geschaffen werden, diese großen Dachflächen zur Gewinnung von alternativer Energie zu nutzen. Die Einspeisung überschüssiger Energie in angrenzende Stromnetze muss erleichtert werden!

45 Umweltpolitik fängt bei jedem selbst an. Jedoch ist in unserer Gesellschaft der Konsum vorrangig. Zu wenig ist den Menschen die Bedeutung dieses für alle wichtigen

Themenfeldes bewusst. Deshalb fordern wir die Aufnahme des Themas Umweltpolitik in den Lehrplan der allgemein bildenden Schulen als eigenständiges Fach für wenigstens ein Schuljahr!

2. Bundesumweltpolitik

Das Abschmelzen der Alpengletscher wird für die Trinkwasserversorgung Deutschlands gravierende Auswirkungen haben. Wie bereits im Sommer 2003 zu sehen war, ist der Rhein als Trinkwasserversorger Nr. 1 für Millionen Menschen nicht mehr sicher. Hierfür muss eine sinnvolle und umweltverträgliche Alternative gefunden werden.

Die von der EU geforderte Verringerung der CO² Emission für das ganze Bundesgebiet muss umgesetzt werden! Wir verlieren jede Glaubwürdigkeit, wenn wir mit dem Finger auf andere (insbesondere USA) zeigen und selber nicht in der Lage sind, Vorgaben aus Kyoto umzusetzen!

Insgesamt müssen die Richtlinien der EU schneller umgesetzt werden. Verbände oder Lobbyisten dürfen wichtige umweltpolitische Entscheidungen nicht länger blockieren. Immer wieder wird auf die Tränendrüse „Wegfall von Arbeitsplätzen“ gedrückt.

Das Beispiel Feinstaub hat uns vor Augen geführt, wie es NICHT geht. Statt der Autoindustrie die Bedingung zu stellen, sinnvolle Maßnahmen, wie z.B. den Einbau von Filtern, zu ergreifen und damit gesetzliche Vorschriften einzuhalten, wurde so lange gewartet, bis das Ende der Richtlinienumsetzungsfrist eintrat.

Die Gesundheitsvorsorge des Bundes muss sich klimabedingt in naher Zukunft auch mit Krankheiten wie Malaria beschäftigen. Die Temperaturverschiebungen bewirken das erfolgreiche Vordringen der Anophelesmücke in unsere Breiten. Auch die Gefahr von Borreliose und FSME durch Zeckenbisse wird zunehmen. Die Forschung nach Impf- und Behandlungsmöglichkeiten muss deshalb zügig vorangetrieben werden!

Die Diskussion um die Atomkraft ist genauso alt wie leidig. Die Jusos sind und bleiben für Abschaltung der Kernkraftwerke. Der Müll dieser Kernkraftwerke lässt sich nicht wegdiskutieren. Die Jusos sind für das Verursacherprinzip. Wir haben diesen Müll gemacht und nun ist es an uns, ihn zu entsorgen! Diese Kosten müssen von den Energieanbietern anteilig ihrer Atomstromerzeugung übernommen werden.

Die Erforschung von Möglichkeiten Energie aus Geothermie zu gewinnen muss beschleunigt werden!

3. Europäische Umweltpolitik

Wir fordern ein generelles Walfangverbot.

Der Fischfang muss streng quotiert werden, um das Aussterben verschiedener Arten zu verhindern.

Die EU soll Fördermittel zur Aufforstung brach liegender Agrarflächen bereitstellen. Der weltweite Waldbestand nimmt durch Raubbau oder Erkrankung ständig ab. Das Aufforsten, bevorzugt mit Mischwäldern, hätte mehrere positive Wirkungen:

- Verminderung der Bodenerosion
- Eindämmung der Verwüstungsgefahr ganzer Regionen
- Natürliche CO₂-Bindung
- Aufwertung eines nachwachsenden Rohstoffs

Holz wird in naher Zukunft ein noch wichtigerer Energieträger werden. Das Ziel muss auch deshalb ein Europa sein, das offensiv der Begrünung entgegen strebt.

Die Trinkwasserversorgung hat oberste Priorität. Deshalb sind ausreichend Trinkwasserreserven für die gesamte Bevölkerung anzulegen!

Einhergehend damit muss der umweltverträgliche Hochwasserschutz durch natürliche Überschwemmungsbereiche entlang aller Wasserverkehrswege neu gesichert werden. Regelmäßige Überschwemmungen katastrophalen Ausmaßes können und dürfen kein Dauerzustand sein oder werden.

Der Antrag wird als Material zur Prüfung von Einzelpunkten an die Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion und Arbeitsgemeinschaften weitergeleitet.

B16 | Beschluss zur dauerhaften Verbesserung der Wasserqualität der Weser

Für die dauerhafte Verbesserung der Wasserqualität der Weser

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit ihrem Antrag vom 17.01.2007 schon ein gutes Zeichen gesetzt. Alle Mandatsträger werden aufgefordert, sich in den politischen Gremien für die Reinheit von Werra und Weser einzusetzen.

B17 | Landesgleichstellungsgesetz

Landesgleichstellungsgesetz

Der SPD-Bezirk nimmt die massive Kritik der niedersächsischen Verbände und Organisationen, darunter auch der Gruppe „Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD“
5 Bezirk Hannover, auf.

Er wirkt darauf hin, Veränderungen zu erzielen und erklärt, dass eine ab 2008 von der SPD
geführte Landesregierung das mangelhafte Gleichstellungsgesetz entsprechend des Positi-
onspapiers der Verbände sowie des Kommunalen Eckpunktepapiers des Behindertenbeauf-
tragten des Landes Niedersachsen vom April 2006 überprüfen und korrigieren wird.

B18 | Landesgleichstellungsgesetz

Landesgleichstellungsgesetz

Die SPD unterstützt das Bündnis der anfänglich 16 Behinderten- und Sozialverbände für ein
„ehrliches“ Landesgleichstellungsgesetz in Niedersachsen. Die SPD schließt sich der inhalt-
15 lichen Kritik des Bündnisses an, zu dem als einzige politische Gruppierung „Selbst Aktiv“
das Netzwerk behinderter Menschen in der SPD gehört, und fordert die Übernahme der
aufgezeigten politischen Forderungen, die in einem mit behinderten Menschen abge-
stimmten neuen Gesetzentwurf eingearbeitet werden.

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, den begonnenen Dialog zu einem Landes-
20 gleichstellungsgesetz mit den Behinderten- und Sozialverbänden von Anfang März dieses
Jahres als einen Einstieg in gemeinsame Politik fortzusetzen. Alle Gruppierungen der SPD
sind aufgefordert, die Arbeit und Aktivitäten des Bündnisses für ein „ehrliches“ Landes-
gleichstellungsgesetz in Niedersachsen vor Ort, aber auch im politischen Raum, zu unter-
stützen.

B19 | Barrierefreie Standards im öffentlichen Leben

Barrierefreie Standards im öffentlichen Leben

Die SPD wird aufgefordert, sich für barrierefreie Standards im öffentlichen Leben einzusetzen. Dies bezieht sich sowohl auf barrierefreie Kommunikation und die Verwendung leichter Sprache, wie auf den Ausbau eines barrierefreien ÖPNV und die barrierefreie Gestaltung von Plätzen und Bauten. Dies bedeutet unter anderem die Wiedereinführung der von der SPD durchgesetzten Bauordnung. Ein umfassender Begriff von Barrierefreiheit führt zu mehr Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger.

B20 | Eine gemeinsame Schule ohne behinderte SchülerInnen ist keine gemeinsame Schule

Eine gemeinsame Schule ohne behinderte SchülerInnen ist keine gemeinsame Schule

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Eine gemeinsame Schule ohne behinderte Schülerinnen und Schüler ist keine gemeinsame Schule. Der Bezirksparteitag spricht sich für eine konsequente Einbeziehung aller behinderter Schülerinnen und Schüler in ihr politisches Konzept einer gemeinsamen Schule aus. Er unterstützt die Kritik des UN-Kommissars Munoz am deutschen Bildungssystem, das u. a. die ausgrenzende Praxis gegenüber ausländischen und behinderten Schülerinnen und Schülern kritisiert. Teil des Erfolgs nordischer Länder im Bildungsbereich ist deren inklusives Bildungsverständnis.

B21 | Politische Teilhabe stärken

Politische Teilhabe stärken

Der SPD-Bezirk Hannover hat auf seinem letzten Parteitag 2005 einen wegweisenden Beschluss zur Teilhabe behinderter Menschen gefasst, der durch einen entsprechenden Beschluss des Bezirksvorstandes vom Oktober 2006 bundesweit vorbildlich umgesetzt wurde. Der Beschluss ist kennzeichnend für eine Teilhabepolitik einer modernen Volkspartei und muss handlungsleitend für den SPD-Bezirk Hannover sowie auch für die Gesamtpartei werden.

Der Bezirksparteitag möge daher diesen Beschluss des Bezirks Hannover für sich als aktive Begleitung der Diskussion um das Landesgleichstellungsgesetz als handlungsleitend übernehmen und gleichzeitig als Initiative an die Gesamtpartei weiterleiten.

- Anlage -

Beschluss des Bezirksvorstands SPD Hannover vom 12. Oktober 2006

Politische Teilhabe in der und durch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Gesellschaftliche Teilhabe ist eine der zentralen Botschaften einer aktiven Bürgergesellschaft. Gerade mit Blick auf das bevorstehende EU-Jahr der Chancengleichheit 2007 gilt es, politische Mitwirkung und Mitbestimmung zu verwirklichen. Als große demokratische Volkspartei ist die SPD bei dem Diskurs zu einer künftigen Teilhabegesellschaft meinungsführend. Damit diese artikulierten Ziele auch handlungsbestimmende Leitplanken eines modernen Sozialstaates werden, bedarf es einer sozialdemokratischen Teilhabeagenda.

Sie orientiert sich in ihren sozialstaatlichen Wertevorstellungen an nordischen Vorbildern. Für behinderte Menschen geht sie von dem Ziel gleicher Lebensbedingungen wie der nicht-behinderter Menschen und gleicher Teilhabestandards aus.

Um die Fachlichkeit und die Kompetenz behinderter Menschen als entscheidendes Merkmal mit einzubringen, ist unabdingbar, dass das Vorschlagsrecht für alle Elemente der Teilhabestruktur bei der jeweiligen Zielgruppe, also hier bei uns, bei „Selbst Aktiv“ dem Netzwerk behinderter Menschen in der SPD, selbst liegt.

1. Gesellschaftspolitische Programme und Initiativen mit Relevanz für behinderte Menschen werden in enger Abstimmung mit „Selbst Aktiv“ oder von ihm benannten behinderten Menschen organisiert und durchgeführt. Die behindertenspezifischen Teile von Anträgen und Programmen werden von „Selbst Aktiv“ erstellt oder unter federführender Beteiligung von Beginn an gemeinsam formuliert. Selbstvertretung heißt auch selbst vortragen. Von daher werden diese Passagen auch von behinderten Menschen selbst in die Diskussion eingebracht.
Anträge formulieren und einbringen ist ein wichtiges demokratisches Element innerhalb der SPD. Von daher werden Kandidaturen für die jeweiligen Parteitage als Element der Selbstvertretung behinderter Menschen aktiv unterstützt.
2. Die zentrale Botschaft des Europäischen Jahres für Menschen mit Behinderungen „Nichts über uns ohne uns“ wird ab sofort innerhalb der SPD auf kommunaler, Landes- und Bundesebene verwirklicht. Dies heißt, es gelten entsprechende Förderkriterien wie bei EU-Gremien, in denen mindestens 50 % der Referentinnen und Referenten bei behindertenspezifischen Themen selbst behinderte Menschen sein müssen. Ansonsten gibt es kein Geld oder innerhalb der SPD keine politische Legitimation.

3. Alle Veranstaltungen der SPD sind barrierefrei zu gestalten. Rollstuhlgerecht hat nur begrenzt etwas mit Barrierefreiheit zu tun. Es gibt z. B. genau so viele blinde, wie rollstuhlfahrende Menschen. Die Forderung lautet daher, Barrierefreiheit für alle und stellt ein mehr an Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger dar. Ausnahmen hiervon sind mit „Selbst Aktiv“ abzustimmen. „Barrierefrei“ bedeutet auch, dass jede Person die gleichen Zugangschancen zu Veranstaltungen der SPD hat, sowohl zur Teilnahme wie auch in der politischen Willensbildung. Das bezieht sich auf alle Arten von Behinderungen-. Auch Internet-Auftritt sind in diesem Sinn barrierefrei zu gestalten. Wegen der Flächenstruktur der SPD soll sich jedes Organ darüber Gedanken machen, wie z.B. Mobilitätseingeschränkten die Teilnahme ermöglicht wird (z.B. Mitnahme im PKW). Weiterhin sollte jede Ebene ihren eigenen Teilhabeplan beschließen, um ein Scheitern der Teilnahme an finanziellen Restriktionen zu verhindern.
4. Innerhalb der Partei hat „Selbst Aktiv“ den Status eines Projektforums. Mit den Zielen, politische Teilhabe und volle gesellschaftliche Integration zu erreichen, ist ein langfristiges, gesellschaftliches Projekt beschrieben, dass in sich dynamisch ist und unter veränderten gesellschaftlichen Anforderungen sich auch von den Inhalten her verändert. Es hat Projektcharakter, da es klare politische Ziele hat, allerdings nicht zeitlich begrenzt. „Selbst Aktiv“ ist von vornherein offen wie ein Forum, für alle behinderten Bürgerinnen und Bürger, unabhängig, ob sie Parteimitglied sind oder nicht. Es ist in den Zielen offen und klar an einem dauerhaften Projekt orientiert. In den jeweiligen Gliederungen, bis hin zum Bundesparteitag, erhält „Selbst Aktiv“ ein Grundmandat und somit die Möglichkeit, aktiv an der Willensbildung der Partei mitzuwirken.
5. Das Vorschlagsrecht gilt, sofern es auf der jeweiligen Ebene ein Netzwerk von „Selbst Aktiv“ gibt. Hierbei kann z. B. auch eine Gruppierung, die auf Bezirksebene agiert, aktive Mitglieder für Unterbezirke und Stadtverbände bzw. Ortsvereine vorschlagen.
6. Sich mit behinderten Menschen unmittelbar auseinanderzusetzen, ist eine dauerhafte Anforderung und korrektiv für Sozialdemokraten auf unterer, wie auf Spitzenebene. Vorschläge von „Selbst Aktiv“ für Stadtverbands-, Unterbezirks-, Landes- und Bundesvorstände werden von daher von den jeweiligen Vorständen und Beiräten übernommen und aktiv unterstützt. Die Gremien der Partei wirken darauf hin, dass auf den unterschiedlichen politischen Ebenen gezielt behinderte Menschen Mandate für die SPD übernehmen.
7. Sofern ein Netzwerk von „Selbst Aktiv“ auf der jeweiligen Ebene existiert, ist ein benannter Vertreter auch berechtigt, an den jeweiligen Sitzungen des Beirats bzw. Parteirats teilzunehmen.
8. Die Gremien der SPD sind verpflichtet darauf hinzuwirken, dass Interessenwahrnehmung behinderter Menschen z. B. bei Beauftragten und Beiräten von behinderten Menschen selbst wahrgenommen werden.
- Politische Teilhabe hat in hohem Maße identitätsstiftende und akzeptanzschaffende Wirkung für behinderte Menschen. Die Teilhabe in einem solidarischen Staatsgefüge ist die zweite Säule eines modernen Sozialstaats.
- Nordische Länder, die zusammen auch über eine beträchtliche Bevölkerungszahl verfügen, leben das vor. So wiederholte der schwedische Botschafter Dr. Tamm in seinem Referat bei der Friedrich-Ebert-Stiftung im Frühjahr 2006 in Hannover mehrmals: Globalisierte Volkswirtschaften und ein nationaler Wohlfahrtsstaat schließen sich nicht aus, sie bedingen sogar einander.
- Sozialdemokraten wenden sich gegen individualisierendes, entmündigendes Bedürftigkeitsdenken und treten für die Schaffung gleicher Lebensbedingungen behinderter und nichtbehinderter Menschen im materiellen wie immateriellen Bereich ein. Selbst- und Mit-

bestimmung sowie politische Selbstverantwortung zusammen mit dem Netzwerk „Selbst Aktiv“ sind ein politisches Gesicht unserer Partei und der wesentliche Eckpunkt wie die SPD als demokratische Volkspartei aufgestellt ist.

Mit dieser operationierten Teilhabeagenda würde die SPD neben den üblichen kommunitaristischen (A. Etioni) Schwerpunkten in Familie, Jugend und Bildung die zweite Säule einer intakten Bürger- und Zivilgesellschaft, dem Empowerment-Ansatz (J. Rappaport) mit Selbst-Bemächtigung / Selbst-Ermächtigung - also Teilhabe und Entfaltung eigener Kompetenz - benachteiligter Bevölkerungsgruppen (hier die acht Millionen behinderte Menschen) zum Durchbruch verhelfen. Empowerment und Kommunitarismus sind die Antwort auf die Krise des amerikanischen Wohlfahrtsstaats der 70er Jahre – wir müssen eigene Antworten für Europa finden.

B22 | Einführung des Kommunalwahlrechts für AusländerInnen

Einführung des Kommunalwahlrechts für AusländerInnen

Wir fordern die Einführung eines Kommunalwahlrechts für AusländerInnen. Das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen aus Nicht-EU-Ländern ist ein sinnvolles Instrument zur Stärkung der politischen Identität und Integration unserer ausländischen Mitbürger und sollte nicht länger ungenutzt bleiben. Alle politischen Ebenen werden zu einer intensiven Auseinandersetzung mit den rechtlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten und Wirkungen, die diese Wahlrechtsänderung ermöglichen und ergeben würde aufgefordert.

B24 | Herabsetzung des passiven Wahlalters auf kommunaler Ebene auf 16

Antragsteller: Jusos

Herabsetzung des passiven Wahlalters auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Es ist zu prüfen, ob der rechtliche Rahmen geschaffen werden kann, das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen von 18 auf 16 Jahre zu senken. Wenn es möglich ist, wollen wir dies realisieren.

B26 | Veröffentlichung aller Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des Bundes, der Länder und der Europäischen Union

Veröffentlichung aller Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des Bundes, der Länder und der Europäischen Union

5 Wir fordern die Veröffentlichung aller Gesetze, Verordnungen und Richtlinien des Bundes, der Länder und der Europäischen Union im Internet mit allen Verweisen. Zu den zuverfüg-

10 fänglichenden Verweisen gehören unter anderem technische Normen und Regelungen der Berufsgenossenschaften, die durch Erwähnung in Gesetzen, Verordnungen oder Richtlinien einen quasi Gesetzescharakter erhalten haben. Als Vorbild kann das Gesetzesinformationssystem des Bundes „juris“ angesehen werden.

Material

B27 | Zwischenbilanz der „großen“ Koalition: Neue Perspektiven sind nötig

Zwischenbilanz der „großen“ Koalition: Neue Perspektiven sind nötig

15 Mit einem abgewandelten Zitat Willy Brandts "Lasst uns mehr Freiheit wagen" suchte Angela Merkel die Regierungserklärung zu Beginn der Großen Koalition zu schmücken. Welche Art Freiheit darunter zu verstehen war, verdeutlichte die Aufforderung, „Wachstumsbremsen“ zu lösen und nach der Befreiung „von Bürokratie und altbackenen Verordnungen“ zu streben.

20 „Mehr Freiheit möglich machen“ bedeute, man könne nur „den Schwachen etwas abgeben, wenn wir mehr Stärke haben, die alle anderen mitziehen.“ Das pathetisch formulierte Bekenntnis zum „Herz für die Schwachen“ bildete das rhetorische Feigenblatt eines Regierungsprogramms mit einer neoliberalen Grundausrichtung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik.

25 Entgegen mancher Hoffnungen aus dem Regierungslager vermag es selbst der aktuelle Konjunkturaufschwung offensichtlich nicht, eine positive Grundstimmung in der Bevölkerung zu schaffen. So folgen lt. einer Umfrage zwar 70 Prozent der Ansicht, dass sich die Konjunktur positiv entwickelt und ein wachsender Anteil von 56 Prozent glaubt auch an einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf. Jedoch nur jeder vierte Wahlberechtigte erwartet, selbst von dem wirtschaftlichen Aufschwung zu profitieren. Eine Verringerung der sozialen Unterschiede erwartet nur jeder fünfte Wahlberechtigte. Drei Viertel sind mit der Arbeit der Regierung wenig oder gar nicht zufrieden. Zweifelsohne zeigt sich hier wiederum die tiefe politische Enttäuschung in sozialen Milieus der Mittel- und Unterschicht, die immer häufiger in Wahlenthaltung mündet.

35 Ihren anfänglichen Vertrauensvorschuss hat die Große Koalition damit zu weiten Teilen verloren. Die SPD kann sich in dieser politischen Konstellation kaum profilieren. Viele soziale Einschnitte werden durch SPD-MinisterInnen verantwortet, wogegen sich die Bundeskanzlerin und Familienministerin von der Leyen positiv in den Medien darstellen können.

40 Die Erfolge am Arbeitsmarkt werden von der Koalition zumeist in den Mittelpunkt ihrer Berichte gestellt. Tatsächlich sank Zahl der Arbeitslosen von Oktober 2005 bis Oktober 2006 um ca. 470 000 auf 4,085 Mio (4,2 Mio. im Februar 2007). Zugleich üben jedoch aktuell mehr als 200 000 Menschen 1-2 Euro Jobs aus, die in die Statistik hineingerechnet werden. Die Zahlen verstellen zudem den Blick auf die Qualität der Arbeitsplätze: Der Anteil von Beschäftigten in Deutschland, die trotz Vollzeitarbeit Niedriglöhne (unter 75 Prozent des

Durchschnittseinkommens, d.h. unter 2163 Euro) erhalten, stieg seit den 90er Jahren auf 32 Prozent. 2,5 Millionen vollzeitbeschäftigte und damit jeder/e neunte Arbeitnehmer/in bezieht Armutslöhne unter 50 Prozent des Durchschnittseinkommens (unter 1442 Euro).

Die Debatte um die notwendige Einführung von Mindestlöhnen verläuft nur schleppend und droht vor allem aufgrund der Blockadehaltung der Union in den Gremien zum Erliegen zu kommen. Internationale Erfahrungen aus Europa zeigen, dass die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns keine negativen Wirkungen auf den Arbeitsmarkt besitzt, wie von der CDU/CSU, der FDP und den Spitzenverbänden der Wirtschaft behauptet. Von daher ist die Forderung der ver.di und der NGG nach einem gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 Euro die Stunde zu unterstützen. Eine Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung ist unzureichend, denn sie erfasst nur Branchen, in denen Tarifverträge existieren. Sie lösen darüber hinaus nicht das Problem niedriger Tariflöhne

„Fordern und Fördern“ lautete der sozialpolitische Anspruch der rot-grünen Vorgängerregierung, den die Große Koalition auch für ihre Projekte reklamiert. An dieser Stelle offenbart sich jedoch wiederum ein starkes Missverhältnis zwischen den Anforderungen und den Hilfen an Betroffene.

Zwar wurden einzelne Verbesserungen für Langzeitarbeitslose wie z.B. die Anhebung des Regelsatzes in Ostdeutschland von 331 auf 345 Euro beschlossen, der Leistungsumfang jedoch insgesamt gekürzt und verschärfte Kontrollmaßnahmen durchgesetzt. Diese Maßnahmen belasteten insbesondere junge Erwerbslose unter 25. Sie zählten nun zur Bedarfsgemeinschaft der Eltern und erhielten nur 80 Prozent der Regelleistung. Unter 25-jährige erhielten nur noch in Ausnahmefällen finanzielle Unterstützung für Unterkunft und Heizung, wenn sie selbst eine Wohnung mieten wollten. Um die am Arbeitsmarkt abverlangte Flexibilität sozial abzusichern ist es im Gegenteil erforderlich, die Selbständigkeit junger Menschen vom Elternhaus zu fördern. Außerdem muss die restriktive Geschäftspolitik der Bundesagentur bei der Finanzierung von Bildungsmaßnahmen durchbrochen werden. Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitssuchenden müssen die Priorität vor Einsparzielen und Beitragssenkungen genießen.

Ausbildungsstellen stehen nach wie vor nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung. Nach Zahlen des DGB suchten rund 160 000 junger Menschen im vergangenen Jahr vergeblich nach einem Ausbildungsplatz, viele befinden sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen und anderen Warteschleifen. Der viel gerühmte Ausbildungspakt ist damit gescheitert. Die so genannten Einstiegsqualifikationen, mit denen die Bundesregierung Praktika im Unternehmen fördert, erweisen sich mindestens in der Hälfte der Fälle als biographische Sackgasse ohne anschließenden Ausbildungsvertrag und für die Unternehmen als Finanzierung von günstigen Arbeitskräften aus Steuergeldern. Alle Jugendlichen benötigen sofort eine Zukunftsperspektive mit einer qualitativ hochwertigen Berufsausbildung. Die Unternehmen stehen weiter in der Verantwortung für deren Finanzierung. Die Grundidee der Ausbildungsumlage bleibt daher bestehen. Darüber hinaus sind auch andere wirksame Instrumente zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft von Unternehmen denkbar. Für den Bereich sozialer und kultureller Dienstleistungen könnten Bund, Länder und Kommunen vollzeitschulische Ausbildungsstellen mit anschließender Arbeitsplatzperspektive in einem öffentlichen Beschäftigungssektor schaffen.

Im Hochschulbereich droht langfristig die breite Finanzierung der Hochschulstandorte unter der Förderung einzelner Hochschulen mit der Exzellenzinitiative zu leiden. Parallel stagniert die direkte Förderung der Studierenden. Obgleich von BAföG-Beirat der Bundesregierung und vom Deutschen Studentenwerk empfohlen, lehnte Bildungsministerin Schavan eine Erhöhung der BAföG-Sätze aus haushaltspolitischen Gründen ab. Sie verfolgt das Ziel, die BAföG-Förderung durch Studienkredite und Stipendien zu ersetzen. Das staatliche Darlehen deckt schon seit Jahren nicht mehr die Lebenshaltungskosten ab. Gemeinsam mit

den auf Länderebene eingeführten Studiengebühren trägt diese Entscheidung dazu bei, besonders junge Menschen aus bildungsfernen Milieus vom Studium abzuhalten und fördert damit die allgemeine Tendenz der Schließung sozialer Chancen. Verschärfend wirkt sich in diesem Zusammenhang die Verkürzung der Kindergeldbezugsdauer von 27 auf 25 Jahren aus. Bereits Studierende werden so vermehrt zum übermäßigen Jobben neben dem Studium gedrängt. Notwendig sind daher eine Anhebung des Fördersatzes zumindest in der empfohlenen Höhe von 10% und die Rücknahme der Begrenzung der Bezugsdauer des Kindergeldes. In der Finanzierung des Hochschulwesens darf die Förderung von Spitzenforschung und -lehre die Breitenförderung nicht ausschließen, sondern muss sie ergänzen.

Auch ältere Menschen sind negativ von Veränderungen betroffen. Verbessern sich die Beschäftigungschancen von ArbeitnehmerInnen über 50 nicht, so droht die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bei Erwerbslosigkeit sich zukünftig als Rentenkürzung auszuwirken. Millionen Menschen verfügen nur über einen geringen Verdienst, der eine private Vorsorge nicht zulässt. Zudem erreichen ArbeitnehmerInnen, die in körperlich besonders belastenden Berufsgruppen z.B. am Bau tätig sind, bereits jetzt selten das gesetzliche Rentenalter. Daher sollte ein flexibles Alter des Renteneintritts mit der Möglichkeit zu Teilzeitrenten weiterhin die Chance eröffnen, frühzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden, ohne zu hohe Abschläge in Kauf nehmen zu müssen. Langfristig kann nur eine Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle Berufsgruppen einzahlen, die finanzielle Basis des der Rentenkasse nachhaltig sichern.

Mit der Gesundheitsreform hat die Große Koalition grundsätzliche Strukturveränderungen im Gesundheitssystem vorgenommen. Zentrales Element bildet der Gesundheitsfonds, in den künftig die Beiträge der gesetzlich Versicherten sowie Steuermittel fließen. Der Beitragssatz wird durch die Kassen gesetzgeberisch für alle Kassen einheitlich festgelegt. Reichen die Mittel aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, können die Kassen von ihren Mitgliedern einen auf ein Prozent des Einkommens begrenzten Zusatzbeitrag erheben. Diese Strukturveränderung löst jedoch nicht das Finanzierungsproblem der Krankenversicherung, welches aufgrund des Rückganges der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf einer Einnahmeschwäche beruht. Unterstellt wird von den Befürwortern ein Wettbewerb um bessere Versorgungsqualität unter den Kassen. Stattdessen besteht die Gefahr des Wettbewerbes um gesunde und junge Versicherte. Es ist höchst fraglich, ob eine Kasse mit vielen chronisch Kranken und alten Menschen bei gleichbleibenden Mitteln aus dem Fonds noch eine qualitativ hochwertige Leistung anbieten kann. Als Reaktion der Politik ist jedoch keine Erhöhung des Beitragssatzes zu erwarten, sondern eine Aufhebung der Deckelung der Zusatzbeiträge. Der Zusatzbeitrag wirkt sich als kleine Kopfpauschale und damit als Mehrbelastung der Versicherten auch mit einem nur geringen Einkommen aus. Private Krankenversicherungen werden durch erfolgreiche Lobbypolitik der CDU/CSU weitgehend von einer Beteiligung an den Kosten des Gesundheitswesens verschont - sie müssen lediglich einen Basistarif ohne Gesundheitsprüfung anbieten. Auf diese Weise bleibt eine wesentliche Grundlage für die fortschreitende Zwei-Klassen Medizin erhalten, die nicht nur die Einnahmeseite betreffen. So ergab eine Umfrage der AOK, dass gesetzlich Versicherte längere Wartezeiten vor dem Arztbesuch in Kauf nehmen müssen.

Insgesamt stellt die Reform das Ergebnis eines Kompromisses der Koalitionspartner, der eher zugunsten der CDU/CSU ausfiel. Die Modelle der Bürgerversicherung und der Kopfpauschale erwiesen sich als politisch unvereinbar. Um ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit im Gesundheitswesen zu erzielen und dessen Einnahmehasis zu sichern, bleibt ein Systemwechsel in Richtung der Bürgerversicherung der geeignete Weg. Zudem muss die Debatte weitergeführt werden, um die Probleme zu lösen, welche eine direkte und ausschließliche Koppelung der Sozialversicherungsbeiträge an den Faktor Arbeit mit sich bringt.

Steuerpolitisch kündigen sich weitere massive Gerechtigkeitslücken an. Während die geplante Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent seit 1. Januar 2007 insbesondere Familien belastet, die einen Großteil ihres Einkommens in den Alltagskonsum stecken müssen, soll die Belastung von Unternehmen durch die Körperschaftssteuer von über 38 auf unter 30 Prozent sinken. Gleichzeitig ist eine pauschale Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge geplant.

Die begrüßenswerte Einführung des Zuschlags für Spitzeneinkommen ab 250.000/500.000 Euro (ledige/zusammenveranlagte Ehegatten) relativiert sich vor dem Hintergrund des jahrelangen politischen Trends zur Senkung des Spitzensteuersatzes und der parallelen Abschaffung der Entfernungspauschale. Zusätzlich benachteiligt die Halbierung der Sparerfreibeträge auf 801 Euro pro Person vor allem mittlere Einkommenschichten der Gesellschaft. Betroffen hiervon sind vor allem junge Familien, die sich den Eigenkapitalanteil für ihr Haus/Wohnung ansparen sowie ältere ArbeitnehmerInnen, die für das Alter vorsorgen wollen. Eine sozial gerechtere Lösung hätte darin bestanden, die Steuersätze für Kapitalerträge über die Freibeträge hinaus (also für größere Vermögen) anzuheben.

Seit Beginn des Jahres ersetzt das Elterngeld teilweise das durch die Kinderbetreuung entfallende Einkommen bis zu einer Höhe von 67 Prozent. Es wird für mindestens 12 Monate und für 14 Monaten bei Alleinerziehenden mit alleinigem Sorgerecht oder Aufenthaltsbestimmungsrecht gezahlt. Beteiligt sich der/die andere Partner/in zusätzlich zwei Monate an der Betreuung des Kindes, verlängert sich die Bezugsdauer für Paare ebenfalls auf 14 Monate. Ein monatlicher Sockelbetrag von 300 Euro wird sowohl Alleinverdiener-Elternpaaren als auch ALG-II-Bezieherinnen/Bezieher sowie Studierenden mit keinem oder geringfügigem Einkommen 12 Monate lang gewährt. Spitzenverdiener hingegen erhalten durch das neue Elterngeld bis zu 1.800 Euro monatlich.

Zwar weist dieser Vorstoß aus Gleichstellungspolitischer Sicht grundsätzlich in die richtige Richtung. Dennoch unterliegt er einer gravierenden sozialen Schiefelage: Für einkommensschwache Familien wirkt sich das Elterngeld als eine Kürzung von zwei Jahren Erziehungsgeldbezug auf (höchstens) 14 Monate Elterngeldbezug aus. BezieherInnen des Arbeitslosengeldes II sind zweifach benachteiligt, das sie das Elterngeld nur 12 Monate lang beziehen und nicht von den zusätzlichen Vätermontaten profitieren. Die Grundlage für eine sozial gerechte Weiterentwicklung besteht daher in einem längeren Bezug des Elterngeldes für einkommensschwache Familien und BezieherInnen von ALG II. Diese Änderungen können unter anderem durch die Senkung der Maximalbetrages finanziert werden. Parallel ist aus gleichstellungspolitischer Sicht eine allgemeine Ausweitung der Vätermontate unter Einbezug von ALG II-BezieherInnen erforderlich.

Die Analyse der zentralen politischen Veränderungen während der Großen Koalition zeigt, dass die SPD ihren Anspruch auf die Schaffung und Sicherung von sozialen Chancen, einer gerechten Verteilung der Kosten gesellschaftlicher Aufgaben und einer gerechten Verteilung von Einkommen in der aktuellen politischen Konstellation nicht einlösen kann. Ihr gelingt es nicht, sich öffentlich mit eigenen Positionen abzugrenzen und tritt einer Politik der sozialen Härte und der Deregulierung nicht konsequent genug entgegen.

Nur mit der Strategie einer linken Volkspartei verfügt die SPD über eine politische Perspektive und das Potential, verlorenes Vertrauen breiter Arbeitnehmermilieus zurückzugewinnen. Die Sozialdemokratie muss der Anwalt derjenigen sein, die sozialen Abstieg befürchten müssen oder keine Chancen mehr für ihre Zukunft sehen. Sie muss für den sozialen Aufstieg aller Menschen kämpfen!

Während das linke politische Lager tendenziell gespalten auftritt, verzeichnen konservative und neoliberale Kräfte in der Auseinandersetzung Erfolge um die Deutungshoheit mit systematischen Kampagnen und Bündnissen. Bekanntestes Beispiel für neoliberalen Lobbyis-

mus ist die unter anderem vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall getragene „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“.

In den letzten Jahren hat die SPD bei sozialen Bewegungen und den Gewerkschaften dramatisch an Akzeptanz eingebüßt. Sie benötigt jedoch Partner, um ihre Politik umzusetzen. Da zentrale Reformprojekte der SPD wie z.B. die Bürgerversicherung in der Großen Koalition nicht umsetzbar sind, muss sich die Frage nach alternativen politischen Konstellationen bald stellen, will die SPD auf Bundesebene nicht weiter geschwächt werden.

Aus diesem Grund plädieren wir für eine klare inhaltliche Profilbildung der SPD als linke Volkspartei, die in allen Reformvorhaben der großen Koalition mit Entschiedenheit die Interessen der sog. „kleinen Leute“ vertritt. Darüber hinaus ist eine strategische Öffnung von Koalitionsoptionen nötig, deren Grundlage allein inhaltliche Kriterien sind.

Kein Beschluss des Antrags, Weiterleitung als Material zur Diskussion im BzV.

B28 | Für eine glaubwürdige und gerechte Steuerpolitik - Anforderungen an die Reform der Unternehmenssteuern

Für eine glaubwürdige und gerechte Steuerpolitik –

Anforderungen an die Reform der Unternehmenssteuern

Das Ziel sozialdemokratischer Haushalts- und Finanzpolitik muss es sein, einen handlungsfähigen Staat, der Voraussetzung für ein friedliches und solidarisches Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist, zu schaffen und zu erhalten. Dafür bedarf es einer angemessenen finanziellen Ausstattung dieses Staates, die wiederum auf einer soliden Steuerbasis fußt.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bezirk Hannover bedeutet eine gerechte Steuerpolitik, dass die Lasten gerecht verteilt werden: Wer mehr hat, muss auch mehr geben.

Dieser Grundsatz zählt für uns auch in der aktuellen Diskussion um eine Reform der Unternehmenssteuern. Sie muss in ein ausgewogenes, sozial gerechtes und nachvollziehbares Gesamtkonzept eingebettet sein. Der Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger die Steuererleichterungen für große Unternehmen zahlen, darf nicht entstehen. Aus diesem Grund stellen wir folgende Anforderungen an eine Unternehmenssteuerreform:

- **Aufkommensneutralität.** Weitere Kürzungen oder stärkere Belastungen für Privatpersonen dürfen die Unternehmenssteuerreform nicht finanzieren. Um Aufkommensneutralität zu gewährleisten, müssen Steuerschlupflöcher gestopft werden und notfalls zunächst die Bemessungsgrundlage erweitert und erst in einem zweiten Schritt zu einem späteren Zeitpunkt eine Absenkung der Steuern erfolgen.
- **Erweiterung der Bemessungsgrundlage.** Damit soll die Diskrepanz zwischen Nominal- und Realsteuersätzen, wie sie in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern fast einmalig ist, verringert werden.
- **Erhaltung der Gewerbesteuer.** Sie ist der wichtigste Eckpfeiler kommunaler Finanzen und muss erhalten bleiben – darüber hinaus fordern wir eine Ausweitung der

Bemessungsgrundlage, um die kommunalen Finanzen auch langfristig auf eine solide Basis zu stellen.

- Zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Förderung von Innovationen in Deutschland fordern wir eine gezielte Besteuerung von Investitionsverlagerungen ins Ausland und Veräußerungen von Unternehmensbeteiligungen.
- Erhalt einer gerechten und an Leistungsfähigkeit orientierten Erbschaftssteuer als Ländersteuer. In der aktuellen Auseinandersetzung um die Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteil lehnt die SPD Überlegungen in der CDU zur völligen Abschaffung der Erbschaftssteuer ebenso ab, wie eine Übertragung der Erbschaftssteuer in die Länderhoheit. Die Reform muss auf der Basis des Bochumer Parteitagebeschlusses und des Koalitionsbeschlusses mindestens aufkommensneutral fristgerecht umgesetzt werden.

B29 | Umbenennung von Kasernen der Bundeswehr

Antragsteller: Jusos

Umbenennung von Kasernen der Bundeswehr

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, sich für die Durchführung einer sofortigen kritischen Überprüfung der nach Wehrmachtsoldaten benannten Kasernen der Bundeswehr einzusetzen und dass diese ggf. umbenannt werden.

B30 | Fairplay für Fair Trade

Fairplay für Fair Trade

5 Fair Trade Produkte sind in Deutschland leider nur Nischenprodukte, obwohl sie zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der so genannten dritten Welt beitragen, da sie durch den Verkauf ihrer Waren gerechtere Löhne erhalten. Daher sind diese Produkte teurer als herkömmliche Waren. Aus unserer Sicht sollte der Anteil von Produkten aus fairem Handel in Deutschland erhöht werden.

10 Dazu sollte die Kaffeesteuer für Fair Trade Produkte abgeschafft werden, um den preislichen Nachteil von Fair Trade Produkten auszugleichen. Ebenso sollte der Spekulationshandel auf Lebensmittel, wie zum Beispiel Kaffee unterbunden werden.

B32 | Schaffung eines Netzwerks für die SPD-Fraktionen in Niedersachsen

Schaffung eines Netzwerks für die SPD-Fraktionen in Niedersachsen

15 Der Bezirksvorstand und der Landesvorstand werden aufgefordert ein Konzept zur Stärkung der Arbeit der SGK in Niedersachsen zu entwickeln und vorzulegen, das u. a. folgende Bestandteile enthält:

- Aufruf und Werbung für den Eintritt in die SGK Niedersachsen
- 20 – Schaffung einer Koordinationsstelle/Plattform in der sozialdemokratische Anträge, Resolutionen und Beschlüsse aus Orts-, Gemeinde-, Stadträten und Kreistagen in Niedersachsen allen SPD-Kommunalpolitikern im Land zur Verfügung gestellt werden.
- 25 – Vernetzung der politischen Bildungsangebote für Haupt- und Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik unter Anknüpfung an die Erfahrungen und Angebote der regionalen KAN-Angebote (Kommunale Akademie Niedersachsen in Hannover, Braunschweig, Nord-Niedersachsen und Weser-Ems)
- 30 – Entwicklung einer „Nachwuchsförderung“, Personalfindung, Angebot einer Junior-SGK etc. , um langfristig einer Vorbereitung der Kommunalwahlen 2011 zu unterstützen.

B34 | Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen

Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen

Der SPD-Bezirk Hannover spricht sich für die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit in Niedersachsen aus!

5

B35 | Kostenfreiheit des Schulweges

Kostenfreiheit des Schulweges

Der SPD-Bezirk Hannover fordert in Anlehnung an das bayerische SchKfrG, eine gesetzliche Regelung in Niedersachsen, die es ALG II – Empfängern grundsätzlich ermöglicht, ihre Kinder auch nach der 10. Klasse weiter beschulen zu lassen, damit der Schulerfolg nicht immer enger an die soziale Herkunft gekoppelt wird.

10

B36 | Recht auf Ausbildung

Recht auf Ausbildung

Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung.

5 Ohne das duale Ausbildungssystem in Frage stellen zu wollen, ist es sinnvoll dieses um vollschulische Ausbildungsgänge mit abschließender Kammerprüfung zu ergänzen, um der Bugwelle der Altbewerber Herr zu werden. Die Ausbildungsgänge sollen neben dem vollschulischen Anteil ein Jahr Berufsfachschule mit erfolgreichem Abschluss beinhalten. Die praktischen Ausbildungsanteile müssen durch kostenlose einjährige betriebliche Praktika erworben werden. Die Wirtschaft muss bei der Umsetzung dieses Konzeptes in der Weise in

10 die Verantwortung genommen werden, indem sichergestellt wird, dass von unternehmerischer Seite eine ausreichende Anzahl betrieblicher Praktika zur Verfügung gestellt werden.

Personelle und materielle Ressourcen können durch die Abschaffung der Warteschleifen im Berufsbildungssystem mobilisiert werden. Die Jugendlichen würden eine Ausbildungsbeihilfe in Höhe von ca. 300€ erhalten. Die Finanzierung soll vor allem aus BA-Mitteln, ergänzt

15 durch Mittel aus dem ESF und Landes- und Bundesmitteln, erfolgen. Die Laufzeit der gesamten Maßnahme soll auf 7 Jahre, also zwei Ausbildungsgänge befristet werden. Der Bestand des dualen Ausbildungssystems wird dadurch garantiert. Es ist wichtiger, Ausbildung zu finanzieren als Nichtausbildung.

B39 | Förderung der Kinder und Familien stärken

Förderung der Kinder und Familien stärken und Sicherung optimaler Bildungschancen für alle Kinder entsprechend SPD-Grundsatzprogramm-entwurf

5 Der vorliegende Entwurf des neuen SPD-Grundsatzprogramms enthält die eindeutige Forderung nach frühzeitiger und auch individueller Förderung der Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen sowie für optimale Bildungschancen für alle Kinder der Bundesrepublik, unabhängig von deren Herkunft und in welcher Gemeinde oder welchem Bundesland sie leben!

10 Der Vorstoß der Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) zur Schaffung von 750.000 zusätzlichen Krippenplätzen fand trotz der fehlenden Finanzierungsvorlage und unzureichender Zustimmung der CDU eine überwältigende Zustimmung bei Meinungsumfragen von 76 % und in den neuen Ländern sogar von 91 %. Das zeigt, dass die eindeutigen und umfassenden Forderungen des SPD-Grundsatzprogramm-entwurfs zur Förderung und zur
15 Sicherung optimaler Bildungschancen für alle Kinder der dringlichen Erwartung der Menschen im Land und den Lebensinteressen der Bundesrepublik entsprechen.

Der SPD Bezirk Hannover fordert die SPD in Bund und Land auf, die Forderung des neuen SPD-Grundsatzprogramm-entwurfs nach frühzeitiger Förderung und nach optimalen Bildungschancen für alle Kinder der Bundesrepublik, unabhängig von Herkunft und von der
20 Gemeinde und dem Bundesland, in dem sie leben, schon jetzt als vordringliches Ziel zu verkünden und zu verfolgen. Der Vorstoß der Bundesfamilienministerin von der Leyen zwecks Schaffung bedarfsentsprechender Krippenplätze kann für uns nur als Teillösung gelten. Der hierfür erforderliche Finanzierungsplan muss bei der weitgehenden Zuständigkeit der Gemeinden für Kindertagesstätten und Schulen sicherstellen, dass deren Finanzkraft endlich
25 ihren vordringlichen Aufgaben entsprechend gestärkt wird. Es darf nicht bei der ausschließlichen Zuständigkeit der Länder im Bereich der Bildung bleiben so wie die Föderalismusreform es festgelegt hat. Die optimalen Bildungschancen für alle Kinder dürfen nicht ausschließlich von der jeweiligen Finanzlage der betreffenden Gemeinden und Bundesländer abhängen.

30 Die finanzielle Lage der Gemeinden in Deutschland ist je nach Bundesland und Region trotz steigender Steuereinnahmen noch sehr unterschiedlich. Ein recht großer Teil der Gemeinden kann ohne zusätzliche Finanzhilfe seinen Anteil betreffs der Verbesserung der Förderung und der Bildungschancen der Kinder nicht leisten.

35

C1 | Änderungsanträge zu Kapitel 1

Antragsteller: Bezirksvorstand

Änderungsanträge zu Kapitel 1

Abschnitt: Die beschleunigte Wirtschaft und der Umbruch der Arbeitswelt

5 Neufassung Seite 5, Z. 45 ff.

Bremer Entwurf

SPD-Bezirk Hannover

Ersetzung S. 5 Z. 45

Deutschland gehört zu den Gewinnern der Globalisierung. Drei Milliarden neue Teilnehmer an der Weltwirtschaft sind nicht nur drei Milliarden mögliche Konkurrenten um Arbeitsplätze, sondern auch drei Milliarden neue Konsumenten. Die deutsche Wirtschaft hat dank großer Wettbewerbsvorteile vor allem in der Industrie riesige Chancen. Schon in den vergangenen Jahrzehnten haben wir unseren Wohlstand auf den Freihandel mit anderen Nationen gegründet.

Den Großteil unserer Exportwaren liefern wir in die Staaten der Europäischen Union und nach Nordamerika. Unsere Ausfuhren nach Osteuropa haben einen wachsenden Anteil. Russland, China und Indien sind für uns noch kaum erschlossene Zukunftsmärkte.

Aber nicht jeder Mensch in unserem Land hat gewonnen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben, wie selbst florierende Unternehmen verlagert werden. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Händler ihre Ware auf dem Großmarkt – nicht immer zum Wohle dieser Firmen, ihrer Belegschaften und ihrer Lieferanten und Kunden. Dem Finanzkapital erschließen sich durch die Integration neuer Märkte und neuer Technologien immense Renditemöglichkeiten. Die Logik des schnellen Profits und überzogener Renditeforderungen führt allzu oft dazu, dass langfristige Investitionen in neue Arbeitsplätze ausbleiben. Diese Form der Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten: In jene, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und jene, die die Folge-

Für die Sozialdemokratie ist die Globalisierung nicht nur durch Zwänge eines Weltmarkts und Steuer- und Kostensenkungen für die Wettbewerbsbedingungen gekennzeichnet. Neben die ökonomische Vernetzung muss auch eine politische Vernetzung, die demokratische Gestaltung und internationale Koordinierung treten. Wir wollen die Globalisierung entlang unserer Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gestalten.

Die steigenden Anforderungen an Flexibilität von Beschäftigten und Unternehmen benötigen Sicherheit und gleiche Bedingungen weltweit. Beschäftigte müssen überall auf der Welt gleiche Beteiligungs- und Informationsrechte eingeräumt werden, weltweite Arbeitnehmernetzwerke müssen gefördert werden, der Herausbildung von globalen Regelungen und Strukturen in der Arbeits- und Sozialpolitik kommt eine wachsende Bedeutung zu. Verbindliche Beteiligung und Sicherheit in Zeiten der Veränderung ermöglichen erst Mut, Zustimmung und Engagement der Menschen.

Eine Gestaltung der Globalisierung muss deshalb eine Erosion der sozialen Institutionen in den europäischen Sozialstaaten verhindern. Es müssen globale und demokratische Verantwortungsstrukturen aufgebaut werden, um Handlungsmöglichkeiten für Nationalstaaten wiederzugewinnen. Die Prinzipien sozialstaatlicher Demokratie und der sozialen Marktwirtschaft müssen international, vor allem in der EU verankert werden. Eine gerechte Weltordnungspolitik hat die Schaffung einer demokratisierten Weltgesellschaft, in der alle Menschen ohne

kosten zu tragen haben.

Der Fortschritt durch technische Innovationen ersetzt schwere körperliche Arbeit und ermöglicht Chancen für einen neuen Wohlstand. In der Medizin können wir Krankheiten besiegen, die früher als unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen steigt beständig an. Neue Produkte, Verfahren und Methoden helfen, kostbare Rohstoffe und Energie zu sparen.

Unsere Arbeitsgesellschaft befindet sich in einem tief greifenden Wandel. Der Wettbewerb wird unter den Bedingungen der Globalisierung schärfer, das Tempo der Innovationen steigt und die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation und Wissen werden immer wichtiger. Neue kreative Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – verliert an Bedeutung. Das Arbeitsleben vieler Menschen ist von einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Nichterwerbstätigkeit, Phasen der Familienarbeit und Selbstständigkeit bestimmt. Der Wandel der Arbeitsgesellschaft ist gestaltbar.

Aber der Sozialstaat ist auf die neuen Formen der Arbeit noch nicht genügend eingestellt.

In der eng verflochtenen Welt des 21. Jahrhunderts haben viel mehr Menschen und Ereignisse direkten Einfluss auf unser Leben – selbst wenn sie nach unserem gewohnten Verständnis weit entfernt sind.

Darum erscheint uns die Welt immer schneller, komplexer und unübersichtlicher. Wenn Milliarden Menschen in Rekordgeschwindigkeit miteinander kommunizieren, wächst nicht nur das Stimmengewirr, sondern auch die Schwierigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu unterscheiden.

Viele fühlen sich vom schnellen Takt der Zeit und von den neuen Möglichkeiten überfordert. Sie fürchten, abgehängt und von der Politik vernachlässigt oder gar vergessen zu werden. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Menschen mit geringer Qualifikation werden überdurch-

Hunger und Armut in Frieden selbständig und selbstbestimmt leben können, zum Ziel. Unser Ziel ist die Teilhabe aller Menschen an den Chancen der Globalisierung. Durch Reformen der Vereinten Nationen und durch verbesserte Zusammenarbeit von internationalen und regionalen Organisationen wollen wir einen globalen Ordnungsrahmen schaffen helfen. Eine Weltgesellschaft mit weltstaatlichen Strukturen braucht einen institutionalisierten an demokratischen Prinzipien orientierten politischen Rahmen.

schnittlich oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Auch Frauen haben trotz bester Bildungsabschlüsse immer noch keinen fairen Zugang zum beruflichen Aufstieg und häufig auch nicht zu Existenz sichernder Erwerbsarbeit. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, mehr Konkurrenz und das Verlangen nach permanenter Verfügbarkeit bedroht.

Lebensqualität ist für die Menschen in Europa mehr als die Jagd nach Wohlstand. Die Menschen streben nach intakten Gemeinschaften, in denen es friedlich, gerecht und solidarisch zugeht, in denen die Geschlechter gleiche Chancen und gleiche Rechte haben.

Mit dem Sinn des Lebens verbinden die meisten den Wunsch, Anerkennung zu finden und gebraucht zu werden – nicht nur im Beruf. Sie wollen sich Zeit nehmen, um Beziehungen zu ihrer Familie, zu ihren Kindern und Freunden zu pflegen. Ein Leben ausschließlich nach der Stoppuhr, nach dem Rhythmus der neuen Verhältnisse, steht dazu im Widerspruch. Wir glauben, dass die soziale Kraft einer Gesellschaft mindestens genauso viel wiegt wie andere Standortvorteile.

C3 | „Bremer Entwurf“ Kapitel 1

S. 9, Z. 3

Nach „... Handlungskonzepte entwickeln“ Zusatz „...und konsequent an ihrer Umsetzung arbeiten.“

5

C4 | Grundsatzprogrammdebatte: Wurzeln der Partei

Grundsatzprogrammdebatte: Wurzeln der Partei

Im Abschnitt 2. Die Grundwerte der Sozialen Demokratie Unterabschnitt ‚Woher wir kommen‘ (S. 10 Zeile 14) soll im neuen Grundsatzprogramm die Formulierung ergänzt werden:

5 „Sie [die SPD] hat Impulse und Ideen verschiedener geistiger Strömungen und politischer Bewegungen aufgenommen: des Christentums und des Humanismus, des Sozialismus und der Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der Neuen Sozialen Bewegungen.“

Dazu sollen die folgenden, aus dem Berliner Programm entlehnten Sätze wieder übernommen werden:

10 „Auch die Aufklärung, die Marxsche Geschichts- und Gesellschaftslehre sowie die konkreten Erfahrungen der Arbeiterbewegung haben dabei unsere Partei geprägt. Die Ideen der Frauenbefreiung sind bereits im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung aufgenommen und weiterentwickelt worden. Wir haben mehr als 100 Jahre gebraucht, diese Ideen wirksam werden zu lassen. Wir begrüßen und achten persönliche Grundüberzeugungen und
15 Glaubenshaltungen. Sie können niemals Parteibeschlüssen unterworfen werden.“

C5 | „Bremer Entwurf“ Kapitel 2

S. 9, Z. 27

Füge ein auf S. 9, Z. 27: „war immer Teil der internationalen Arbeiterbewegung.“

C7 | „Bremer Entwurf“ Kapitel 2

S. 9, Z. 51

S. 9, Z. 51 Satz 2 - Ändere in „...wirtschaftlichen, politischen und soziale Rechte...“

C9 | „Bremer Entwurf“ Kapitel 2

S. 11, Z. 4

Füge ein auf S. 11, Z. 4 „jeder Mensch“: „ ,jeder Mann und jede Frau“

C10 | „Bremer Entwurf“ Kapitel 2

S. 12, Z. 21

Füge ein auf S. 12, Z. 21 „Starken und Schwachen“: „ , zwischen Männern und Frauen,“

C11 | „Bremer Entwurf“ Kapitel 2

S. 12, Z. 48

35 Auf S. 12, Z. 48 streiche: „auch weiterhin“

C13 | Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Ergänze S. 10, Z. 18 nach „... Neuen Sozialen Bewegungen.“

“Stets hat die SPD dabei ein Grundgedanke geleitet: Die Idee der Emanzipation, der Erweiterung des Handlungsspielraums – für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt.“

5

C14 | Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Ersetze S. 11, Z. 21 (als neuer erster Satz des Absatzes):

„Die Grundwerte der sozialen Demokratie sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus“

10

C15 | Die Grundwerte der Sozialen Demokratie

Ergänze S. 12, Z. 39 nach „...solidarisches Handeln verbessern.“

15

“Das Kernanliegen der Sozialen Demokratie ist Emanzipation: Der Weg in ein möglichst selbstbestimmtes Leben für jeden Einzelnen; und die stetige Ausweitung der Entscheidungsspielräume für die Gesellschaft insgesamt. Emanzipation heißt: Die realen Gegebenheiten der Zeit verstehen und danach befragen, wo und für wen eine Befreiung von Zwängen zu erreichen ist, die die freie, bewusste Entscheidung behindern.“

20

C19 | Soziale Demokratie, Demokratischer Sozialismus und die Grundwerte

Soziale Demokratie, Demokratischer Sozialismus und die Grundwerte

Sachstand zum Bremer Entwurf und Arbeitsaufträge über das Hamburger Programm hinaus

25

Der SPD-Bezirk Hannover bekennt sich zu den Wurzeln der Sozialdemokratie und ihrer langen Ideengeschichte. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zum Demokratischen Sozialismus als handlungsleitende Maxime der Sozialdemokratie. In seinem Verständnis als stete Aufgabe fußt die Idee des Demokratischen Sozialismus auf den gleichberechtigten Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Die umfassende Verwirklichung der Demokratie sowie das Gebot der Toleranz, wonach persönliche Grundüberzeugungen und Glaubenshaltungen niemals Parteibeschlüssen unterworfen werden können, grenzen den Demokratischen Sozialismus von den staatsautoritären Modellen des Kommunismus ab.

30

35

Wenn im Bremer Entwurf der Demokratische Sozialismus nicht an prominenter Stelle Erwähnung findet, so ist das in Anbetracht seiner historischen Entwicklung bedauerlich, aber insofern akzeptabel, da der Bremer Entwurf – anders als frühere Grundsatzprogramme – nicht den Anspruch verfolgt, ewige Wahrheiten zu benennen, sondern die Tagesaufgaben der kommenden Jahre zu beschreiben. Der Begriff der Sozialen Demokratie als Tagesaufgabe im Ringen um den Demokratischen Sozialismus verlangt eine inhaltliche Ausgestaltung. Es kommt deswegen weniger auf die Begrifflichkeiten als auf die damit einhergehenden Inhalte an.

40

Wir nehmen den Bremer Entwurf und das darauf aufbauende Hamburger Programm daher zum Anlass folgende Punkte hervorzuheben und an diesen die kommenden Jahre weiter zu arbeiten:

- Die Gleichrangigkeit der Grundwerte ist im Bremer Entwurf verankert. Dieses wird uneingeschränkt begrüßt und ist zu bewahren. Die Auseinandersetzung um diese Begriffe ist im SPD-Bezirk Hannover auf positive Resonanz gestoßen und soll sowohl in der Bildungsarbeit als auch in anderen Veranstaltungen fortgeführt werden.
- Der Begriff der Gerechtigkeit ist im Bremer Entwurf wieder stärker mit Gleichheit in Verbindung gebracht. Gleichheit meint dabei nicht nur das liberale Verständnis von Gleichheit vor dem Gesetz, sondern auch Gleichheit in Bezug auf Einkommen, Chancen und Vermögen. Sozialdemokraten reden dabei nicht einer Gleichmacherei das Wort, vielmehr folgern sie aus der gleichen Würde aller Menschen die Gerechtigkeit als die Gleichwertigkeit der tatsächlichen Chancen zur Selbstentfaltung. Gerade weil Sozialdemokraten sich nicht mit Ungleichheit abfinden wollen und können, müssen wir die kommenden Jahre daran arbeiten den Anspruch des Bremer Entwurfes zu erfüllen. Die Gesellschaft ist veränderbar, auch diese Feststellung des Bremer Entwurfs trifft zu.
- Die Wurzeln der Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung sind Verpflichtung dahingehend, dass wir die Würde der Menschen gegen Ausbeutung und Unterdrückung wahren. Die Würde des Menschen ist dabei unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit. Diesen Anspruch müssen wir bei der Gestaltung der Arbeitsgesellschaft ebenso wie bei der Europäisierung unserer Politik immer wieder ins Zentrum rücken.
- Zur Verwirklichung des Demokratischen Sozialismus gehört Wirtschaftsdemokratie. Der bloße Verweis auf die Errungenschaften der Mitbestimmung genügt uns dabei nicht. Ihre Verteidigung ist an Betrachtung wüster Attacken der Union, der Liberalen und aus Teilen der Wirtschaft heraus sicherlich oberste Tagesaufgabe. Über den Zeithorizont des Hamburger Programms hinaus wollen wir unter Berücksichtigung eines europäischen Rahmens eine demokratischere Wirtschaft erreichen. Wir werden diesen Gedanken im Austausch mit den Gewerkschaften ebenso aufgreifen wie auf dem nächsten ordentlichen Bezirksparteitag.
- Der Demokratische Sozialismus hat viele Wurzeln. Das Berliner Programm hat diese umfassend aufgezählt. Der Bremer Entwurf verhält sich diesbezüglich zurückhaltend. Im Rahmen der Diskussion kommt es nicht nur darauf an, dass wir die Wurzeln benennen, sondern in den programmatischen Debatten der kommenden Jahre uns mit diesen Wurzeln näher befassen. Dies ist auch eine Aufgabe für die Bildungsarbeit.

Weiterleitung an den Bezirksvorstand für das Arbeitsprogramm 2007/2008

C20 | Kapitel 3

Auf **S. 14, Z. 7-15** streiche die Passage „Wir Sozialdemokratinnen...“ bis „...Zeit meistern können.“ streichen.

C21 | Kapitel 3

5 Streiche auf **S. 14, Z. 27/28** den Halbsatz „...sowie die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.“. Füge danach an: „Wir wollen die Bewahrung von Natur und Umwelt. Die nachhaltige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist Maßstab allen Wirtschaftens in der Zukunft.“

C22 | Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Ergänze auf **S. 14, Z. 25**:

10 „Wir wollen die sozialdemokratische Idee der **nachhaltigen Entwicklung** als Leitbild auf allen Politikfeldern fest verankern. Sie gehört ins Zentrum gesellschaftlicher Reformen, weil nur so ein fairer Ausgleich zwischen ökonomischen Interessen und sozialen sowie ökologischen Zielen ermöglicht werden kann. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung verhindert zugleich die Spaltung der Gesellschaft, indem ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen heutigen und künftigen Generationen angestrebt wird.“

C23 | Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Streiche **S. 14, Z. 40** „der Sozialen Demokratie“
und ersetze durch

20 „des Demokratischen Sozialismus“

C24 | Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Ergänze **S. 14, Z. 45**:

25 Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass die Verwirklichung der vier großen Aufgaben nur in demokratisch, sozial und rechtsstaatlich verfassten Staatsformen realisiert werden können. Gesamtstaatliche Politik im Interesse der Menschen zu verwirklichen und zu verantworten kann nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden.

30 Ein integriertes Europa ist die große Chance, die Grundwerte der Sozialdemokratie, die vier großen Aufgaben künftig mit politischen Partnern nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Europäischen Union zu verwirklichen. Die wechselseitige Abhängigkeit von nationaler, europäischer und internationaler Politik wird zunehmen. Gerade deshalb muss der demokratische, soziale Rechtsstaat als legitimer Interessenvertreter der Bürgerinnen und Bürger gestaltungs- und handlungsfähig bleiben.

35 C28 | Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

Kapitel 4 / komplett

Das „deutsche Interesse“ ist zu streichen oder in einer angemessenen Weise zu definieren.

C29 | Eine friedliche, freie und gerechte Weltordnung

Kapitel 4.1

Schluss vom Abschnitt Umfassende Sicherheitspolitik.

Füge als letzten Absatz ein:

5 „Die Reform der Bundeswehr muss sich an der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit orientieren und Verlässlichkeit für alle Beteiligten schaffen. Eine zukünftig stark in die europäische Sicherheitspolitik eingebundene Bundeswehr wird nicht mehr auf Wehrpflichtige angewiesen sein. Aber den Ausbau der Bundeswehr zu einer klassischen Berufarmee lehnen wir ab. Vielmehr wollen wir eine Freiwilligenarmee mit kurzen Verpflichtungszeiten, nach denen die Soldatinnen und Soldaten in das zivile Leben zurückkehren. Das garantiert die Anbindung der Bundeswehr an die Gesellschaft und beschleunigt die Integration in europäische Streitkräfte.“

C30 | Änderungsantrag zum Bremer Entwurf, Grundsatzprogramm

Ersetze S. 19 Zeile 38 bis 42 durch folgende Fassung:

20 „Der Terrorismus hat eine neue Dimension erreicht. Entstaatlichte, terroristische Gewalt bedroht die ganze Welt. Klar ist, es gibt keine Rechtfertigung von Terrorismus. Diese Bedrohung darf uns aber nicht dazu verleiten, unsere Freiheit einer vermeintlichen Sicherheit zu opfern. Ein Nährboden für diese Gewalt ist nicht zuletzt die nach wie vor ungerechte Verteilung von Macht und Wohlstand auf unserer Erde. Nicht die Aufopferung von Bürgerrechten und persönlicher Freiheiten zugunsten einer trügerischen Sicherheit wird den Terrorismus überwinden. Um ihm seinen Nährboden zu entziehen, müssen Armut, Hunger, Ausbeutung, Perspektivlosigkeit und Ungerechtigkeit auf der ganzen Welt bekämpft werden.“

Füge ein auf S. 19, Z. 50

30 „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten deshalb für eine starke Solidarität zwischen den Völkern und eine gerechtere Weltordnung ein - was wir heute in diesem Sinne wirksam erreichen, vermeidet Terrorismus und andere Formen gewaltsamer Auseinandersetzung morgen.“

C31 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche S. 17, Z. 37 „Akzeptanz“ und ersetze durch „Wirksamkeit“

C32 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche ersatzlos. S. 17, Z. 43-44 Die SPD befürwortet...Sitz im UN-Sicherheitsrat

C33 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche **S. 17, Z. 45** „Langfristig sollte die Europäische Union“

und fasse neu:

„Die Europäische Union soll...“

5

C35 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche **S. 19, Zeile 8-13** „Wir wissen, dass ... Interesse nicht widerspricht“

und fasse neu:

„Die SPD lehnt jegliche Form von Kampfeinsätzen-, Angriffs- und Präventivkriegen ab. Deutschland kann sich an friedensstiftenden und friedenssichernden Missionen beteiligen, wenn sie durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind und der Deutsche Bundestag zugestimmt hat.“

10

C36 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche **„ Seite 21, Zeile 5-10.** „ein Gremium, das...Finanzinstitutionen hochrangig vertreten sind.“

und fasse neu:

„Wir brauchen auf internationaler wie auf europäischer Ebene verbindliche Regeln zur Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards in der Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik, die dann auch einklagbar sind.“

20

C38 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche **S. 21, Z. 32** „zu verteidigen“ und ersetze durch

„zur Geltung zu bringen und auszubauen“

25

C41 | 4.1 Eine friedlich, freie und gerechte Weltordnung

Streiche **S. 21, Z. 44-49** „Bei der Durchsetzung...verständliches Gütesiegel erhalten.“

und fasse neu

„Wir wollen die Einführung eines leicht erkennbaren und verständlichen Gütesiegels auf europäischer Ebene für verantwortungsvolle Unternehmungen, Produkte und Dienstleistungen. Die Vergabe eines Gütesiegels wird verbunden u. a. mit der weltweiten Einhaltung der ILO-Standards, der Einhaltung von Tarifverträgen, der Beteiligung der Beschäftigten und einer ökologisch verträglichen Herstellung.“

30

Wir wollen dafür sorgen, dass der öffentliche Sektor nur noch Produkte und Dienstleistungen mit diesem Gütesiegel nachfragt.“

35

C42 | Kapitel 4.1

S. 16, Z. 48-50

Die Sätze „Die Öffnung Russlands...“ und „Sie bringt den Menschen auf beiden...“ streichen. Im folgenden Absatz „aufstrebenden Mächten“ in „Staaten“ ändern.

5

C44 | Kapitel 4.1

S. 18, Z. 55

Streichen „bis 2015“

10

C50 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Streiche S. 22, Z. 8-9 „für die Einigung Europas“

und fasse neu:

„für die Vereinigten Staaten Europas. Dies ist auch künftig unser Ziel: Wir wollen einen europäischen Bundesstaat. Für uns SozialdemokratInnen sind die Außen- und Sicherheitspolitik, die Sozial- und die Wirtschaftspolitik sowie die Umweltpolitik Kernpunkte einer europäischen Politik.“

15

C53 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Streiche S. 24, Z. 8-11 „Wir wollen Sozialsysteme...Sozialdumping zu verhindern.“ und fasse neu:

20

„Deshalb treten wir eine solidarische Erneuerung der EU ein. Angesichts der globalen ökonomischen und sozialen Fragen zeigt sich die Sinnhaftigkeit der Europäischen Integration gerade in einer gemeinsamen Politik zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Beschäftigung. Wir wollen das EU- Sozialstaats-Verständnis weiterentwickeln, um mit gemeinsamen Standards – in der Regel Mindeststandards - das ungehemmte Wirtschaftshandeln zu zügeln. Dazu gehören u.a. Regelungen zur Arbeitszeit, zum Schutz der Leiharbeitnehmern/innen, das Streikrecht und ein Rechtsrahmen für kollektive Vereinbarungen über Staatsgrenzen hinweg.“

25

30

C54 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Streiche S. 24, Z. 14-20 „Mit besseren Regelungen... absichern und ausbauen.“ und fasse neu:

35

5 „Deshalb setzen wir uns für eine deutliche Ausweitung des Geltungsbereichs und der Arbeitsmöglichkeiten der Europäischen Betriebsräte und der Informations- und Konsultationsrechte ein. Die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechtes muss klare Leitungs-, Kontroll- und Aufsichtsregeln beinhalten. Arbeitnehmer müssen adäquat bei den Entscheidungs- und Kontrollstrukturen beteiligt werden.“

C55 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Streiche S. 24, Z. 22-29 „uns in Europa... daran gehindert werden.“
und fasse neu:

10 „die Gestaltungsmöglichkeiten der EU so nutzen, dass die ökonomischen Prozesse sinnvoll gesteuert werden können. So sollen Unternehmensverlagerungen kritisch überwacht und nicht gefördert werden. Die Europäische Union muss eine Vorreiterrolle bei der Aufsicht, Kontrolle und Transparenz von Hedge- und Private-Equity-Fonds einnehmen. Wir brauchen eine Industriepolitik, die Umstrukturierungsprozesse aktiv begleitet.“

15

C56 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Streiche S. 25, Z. 27 „für verbindliche“ und ersetze durch „Verbindlichkeit für“ und ergänze Z. 28 nach „Zielvorgaben“ „...und..“.

20 C59 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Ergänze S. 26, Z. 37 nach „politisch“: „und organisatorisch“

C60 | Kapitel 4.2 Das Soziale und demokratische Europa

Kapitel 4.2

25 6. Absatz im Abschnitt Friedensmacht Europa

S. 23 Z. 24-28

Ersetze durch:

30 „Wir stehen dafür, dass die Europäische Union offen ist für alle Länder, die einen Beitritt auf Grundlage der geltenden Regeln wünschen. Insbesondere sind Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die bereits eine Beitrittsperspektive erhalten haben. Vor möglichen Erweiterungen der Europäischen Union sind ihre Institutionen den neuen Anforderungen anzupassen.“

S. 23 Z. 30-35 streichen

C61 | Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Grundsatzprogrammdebatte: Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

5 Im Abschnitt 4.3 „Solidarische Bürgergesellschaft und demokratischer Staat“ soll im Unterabschnitt „Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ neben den christlich-jüdischen Traditionen und Wurzeln (S. 33 nach Zeile 49) noch weitere religiöse Einflüsse zum Ausdruck kommen. Dazu schlagen wir vor, folgende Formulierung an den ersten Absatz zu ergänzen:

10 **„Die globalisierte Welt und die Einigung Europas bereichern unser kulturelles Erbe um weitere Einflüsse. Kulturelle Vielfalt zu leben, Traditionen zu wahren und gleichzeitig Toleranz walten zu lassen, sind Herausforderungen unserer Zeit.“**

C63 | Kapitel 4.3

15 **S. 27 / S. 28**

Satz 1 streichen (S. 27, Z. 55 – S. 28, Z. 3). Neuer Satz 2: 2. Halbsatz streichen (S. 28, Z. 4) „...- gegen die Vereinzelung des Menschen und die Fliehkräfte des modernen Lebens.“

C64 | Kapitel 4.3

20 **S. 28, Z. 18/19**

Letzter Satz: Streichen

C65 | Kapitel 4.3

S. 29, Z. 19

25 Ersetze auf S. 29, Z. 19 „Oberste Verpflichtung aller Akteure ist es dabei, Chancengleichheit und gleichwertige Lebensverhältnisse der Bürger herzustellen und zu sichern.“

Streichung des Satzes (Zeile 18) „Wir folgen auch hier der Idee der Subsidiarität“.

30 **C67 | Kapitel 4.3**

S. 30, Z. 39

In Satz 4 nach „...Selbstbestimmung,“ einschieben: „rituelle Verstümmelungen“

C69 | Kapitel 4.3

S. 32, Z. 41

5 Nach Satz 5 („...Öffentlichkeit.“) drei neue Sätze einschieben: „Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen obliegt die unerlässliche Grundversorgung. Sie besteht aus einem umfassenden Angebot an Informationen, politischer Meinungsbildung, Unterhaltung, Bildung, Kultur und Beratung. Wir erwarten eine Programmkultur, für die nicht allein die Einschaltquote Maßstab ist.“

C70 | Kapitel 4.3

S. 32, Z. 54

10 Im dritten Satz „Er reicht über die Künste hinaus“ streichen, weiter mit „Er bezieht...“.

C71 | Kapitel 4.3

S. 33, Z. 52

15 Nach Satz 1 hinzufügen: „Wir warnen vor Gemeinschaften, die unter dem Deckmantel von Religion ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten.“

C72 | Kapitel 4.3

Bremer Entwurf	Vorschlag
Überschrift S. 30 Z. 4 Sicherheit in Freiheit	ersetze durch: Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit

C73 | Kapitel 4.3

Bremer Entwurf	Vorschlag
S. 30 Z. 6-11 Eine freie und offene Gesellschaft gründet auf die verlässliche Einhaltung von Regeln und auf sozialen Zusammenhalt. Wo das nicht gilt, geht mit der Sicherheit auch die Freiheit verloren. Sicherheit ist ein grundlegendes öffentliches Gut. Menschen müssen ohne Furcht vor Zwang und Verbrechen leben können, damit politische Freiheit und Teilhabe gedeihen.	Eine freie und offene Gesellschaft gründet auf die verlässliche Einhaltung von Regeln und auf sozialen Zusammenhalt. Wo das nicht gilt, geht mit der Sicherheit auch die Freiheit verloren. Das bedeutet auch, das Recht nicht das Recht des Stärkeren ist. Der Zugang zur Justiz muss allen offen stehen.

<p>Weiter S. 30 Z. 13 „Der Rechtsstaat bindet alle Machtausübung....“</p>	<p>Weiter S. 30 Z. 13 „Der Rechtsstaat bindet alle Machtausübung....“</p>
<p>C74 Kapitel 4.3</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>S. 30 Z. 20-26 Die Sicherheit in unserem Land ist von innen wie von außen bedroht: durch Kriminalität, Extremismus und Terrorismus. Diese bekämpfen wir konsequent mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats. Sicherheit im Inneren ist Aufgabe der Polizeien von Bund und Ländern. Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut. Der freiheitliche Rechtsstaat hat seine Prinzipien zu wahren. Das ist das erste Gebot der geistigen Abwehr von Extremismus und Terrorismus.</p> <p>Weiter S. 30 Z. 28 „Rechtsextreme bedrohen unsere Freiheit und ...“</p>	<p>Sicherheit ist ein grundlegendes öffentliches Gut. Menschen müssen ohne Furcht vor Zwang und Verbrechen leben können, damit politische Freiheit und Teilhabe gedeihen, dieses gilt auch für den persönlichen Bereich.</p> <p>Bedrohungen der Sicherheit bekämpfen wir konsequent mit den Mitteln des demokratischen Rechtsstaats. Sicherheit im Inneren ist eine umfassende Aufgabe, der sich insbesondere die Polizei, im Bereich der Prävention aber auch andere staatliche Stellen widmen müssen. Kriminalität darf nicht nur mit Repression bekämpft werden, vielmehr müssen die sozialen Ursachen aufgelöst werden. Polizeiliche Arbeit im Inneren ist keine Aufgabe der Bundeswehr. Das Verbot der Willkür und der Folter gilt absolut. Der freiheitliche Rechtsstaat hat seine Prinzipien zu wahren.</p> <p>Weiter S. 30 Z. 28 „Rechtsextreme bedrohen unsere Freiheit und ...“</p>
<p>C75 Kapitel 4.3</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>S. 30 Z. 31-43 Extremismus, Rassismus und Antisemitismus haben keinen Platz in unserer Gesellschaft.</p>	<p>Extremismus, Rassismus, Antisemitismus und Unterdrückung von Frauen haben keinen Platz in unserer Gesellschaft. Menschenrechte sind nicht relativierbar. Tole-</p>

<p>Religiös motivierter Extremismus ist ebenso entschlossen in die Schranken zu weisen. Menschenrechte sind auch unter Berufung auf religiöse Regeln und Riten oder Traditionen nicht relativierbar. Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Traditionen findet dort ihre Grenze, wo Menschenrechte verletzt werden. Unterdrückung, Gewalt, Verweigerung der Selbstbestimmung, Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen müssen mit allen rechtlichen Mitteln verhindert und geahndet werden. Betroffene Frauen und Mädchen müssen soziale Hilfen und Rechtsbeistand erhalten.</p>	<p>ranz findet dort ihre Grenze, wo Menschenrechte verletzt werden. Betroffene müssen soziale Hilfen und Rechtsbeistand erhalten. Unterdrückung, Gewalt, Verweigerung der Selbstbestimmung, Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder so genannte Ehrenmorde an Frauen müssen mit allen rechtlichen Mitteln verhindert und geahndet werden.</p>
<p>C76 Kapitel 4.3</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>S. 30 Z. 45-S. 31 Z. 3 Die Menschen haben ein tiefes Bedürfnis nach umfassender Sicherheit. Dazu zählen menschliche Zuwendung, Geborgenheit und Anerkennung. Dieses Bedürfnis wächst, wenn Menschen Veränderungen ausgesetzt sind, die sie nicht kontrollieren können, die ihre Existenz bedrohen, ihr Wissen entwerten oder ihre Wertevorstellungen in Frage stellen. Familie und Nachbarschaft, das gesamte Netzwerk gesellschaftlicher Beziehungen in Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften, Organisationen bürgerschaftlichen Engagements und Hilfswerken bildet eine kostbare soziale Voraussetzung des persönlichen Sicherheitsgefühls. Weil dieses Netz etwas leistet, was der Staat und die Politik nicht selbst leisten können, haben wir ein außerordentliches Interesse an der Freiheit und Vitalität mitmenschlicher Beziehungen und bürgerschaftlicher Organisationen</p>	<p>Die Menschen haben ein tiefes Bedürfnis nach umfassender Sicherheit. Dieses Bedürfnis wächst, wenn Menschen Veränderungen ausgesetzt sind, die sie nicht kontrollieren können, die ihre Existenz bedrohen, ihr Wissen entwerten oder ihre Wertevorstellungen in Frage stellen. Das gesamte Netzwerk persönlicher und gesellschaftlicher Beziehungen bildet eine zentrale Voraussetzung des persönlichen Sicherheitsgefühls. Weil dieses Netz etwas leistet, was der Staat und die Politik so nicht selbst leisten können, haben wir ein außerordentliches Interesse an der Freiheit und Vitalität mitmenschlicher Beziehungen und bürgerschaftlicher Organisationen.</p>

C77 | Kapitel 4.3

Streiche S. 27, in Z. 30 und 31 ab „...keinen vormundschaftlichen...einen aktivierenden“

und füge stattdessen ein

5 „...einen...“

C78 | Kapitel 4.4

Kapitel 4.4. Gleichstellung der Geschlechter

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

10 In Zeile 40 einfügen:

Nach :

Wir wollen eine Gesellschaft, ... sexueller Identität, sozialer und ethnischer Herkunft oder Religionszugehörigkeit.

(im Bremer Entwurf aus dem Handbuch zur Dialogkampagne, Seite 34)

15 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen ohne Diskriminierung und ohne Gewalt leben können, die sie nur aufgrund ihres Geschlechts erfahren müssen.

C79 | Kapitel 4.4

S. 35, Z. 18

20

Anfügen: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden.“

C82 | Kapitel 4.5

S. 36, Z. 44

25

Einfügen nach „von“ : „Frauen, Älteren und ...“

C83 | Kapitel 4.5

S. 39, Z. 42 – 47

Streichen.

C84 | Kapitel 4.5

S. 42, Z. 13

5 Vor dem letzten Satz „Dies ist eine...“ neuen Satz einschieben: „Vollständig oder überwiegend kreditfinanzierte Dividendenausschüttungen, die geeignet sind, intakte Unternehmen zu schädigen oder zu zerschlagen, müssen unterbunden werden. Dies ist eine...“

C86 | Kapitel 4.5

Kapitel 4.5. Neue Wertschöpfung und gute Arbeit

Bremer Entwurf	Vorschlag
<p>S. 35 Z. 24 -33 Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik verfolgt drei Hauptziele. Wir wollen einen möglichst hohen Wohlstand, an dem alle Menschengerecht teilhaben. Jede Frau und jeder Mann soll die Möglichkeit erhalten, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu erwirtschaften. Gleichzeitig müssen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern. Diese Ziele lassen sich nur mit einer hohen wirtschaftlichen Wertschöpfung und mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit verwirklichen.</p>	<p>Ersetze durch: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik will den gesellschaftlichen Reichtum mehren und die Menschen gerecht an diesem teilhaben lassen. Leistung muss sich dahingehend lohnen, dass jede Frau und jeder Mann die Möglichkeit erhält, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit erwirtschaften zu können. Gleichzeitig müssen wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig sichern. Die internationale Arbeitsteilung wollen wir in diesem Sinne gestalten.</p>

10

C87 | Kapitel 4.5

Bremer Entwurf	Vorschlag
<p>Wir erneuern die soziale Marktwirtschaft S.35 Z. 46 bis S.36 Z.5</p> <p>SPD und Gewerkschaften haben die Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland maßgeblich ausgestaltet. Dieses Modell ist eine der herausragenden wirtschaftspolitischen Leistungen des 20. Jahrhunderts. Die Soziale Marktwirtschaft hat sozialen Frieden, wirtschaftliche Stärke und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten vereint. Sie macht aus der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft. Sie stärkt und erhält den gesellschaftlichen Zusammenhalt.</p> <p>Aber wir wissen auch: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft modernisieren, um sie zu erhalten. Die Globalisierung der Güter-, Finanz- und Dienstleistungsmärkte, der Wandel der Arbeitswelt und die Digitalisierung stellen das bewährte Ordnungsmodell auf die Probe.</p>	<p>Wir erneuern die soziale Marktwirtschaft Ersetze durch:</p> <p>Aus den fundamentalen Erfahrungen mit Ungerechtigkeit und Ausbeutung hat die Arbeiterbewegung die Einsicht gewonnen, dass der Markt zwar immensen Reichtum produziert, jedoch keine Gerechtigkeit schafft. SPD und Gewerkschaften haben dazu beigetragen, die Bundesrepublik gerechter zu gestalten. Sozialer Frieden, wirtschaftliche Stärke und Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten sind so geschaffen worden. Starke Gewerkschaften, die soziale Sicherung und die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und im Unternehmen sorgen dafür, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitgebern auf Augenhöhe entgegentreten können. Die Globalisierung der Güter-, Finanz- und Dienstleistungsmärkte, der Wandel der Arbeitswelt und die Digitalisierung stellen das bewährte Ordnungsmodell auf die Probe.</p> <p>Internationale Finanzmanager und private Aktienfonds treffen vielfach Unternehmensentscheidungen, an kurzfristigen Renditeerwartungen orientiert und ohne Rücksicht auf die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dieses wollen wir nicht hinnehmen und die Mitbestimmung deswegen weiterentwickeln und ausweiten.</p>

C89 Kapitel 4.5	
Bremer Entwurf	Vorschlag
<p>[aus: Eine strategische und ökologische Industriepolitik]</p> <p>S.38 Z.28-40 Der Staat will Märkte nicht ersetzen, sondern ihnen einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen geben. Er kann als „Pionier“ wirtschaftlichen Handelns Leitmärkten entscheidende Impulse geben. Er muss industriepolitische Prioritäten setzen und sich in Partnerschaft mit der Wirtschaft und der Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren.</p> <p>Der Staat muss seine Mittel und Instrumente bündeln – von der Forschung über gezielte Regulierung bis hin zur Beschaffung bestimmter Produkte. Eine solche strategische und ökologische Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe zahlreicher Politikfelder.</p> <p>Sie stärkt industrielle Kerne und regionale Wirtschafts-Cluster. Auch die Wachstumskerne in den neuen Bundesländern zeigen, wie aus</p> <p>Wissen neue Wirtschaft entsteht. Wir stärken diese Cluster als Motoren für eine neue Industriestruktur im Osten Deutschlands.</p>	<p>Der Staat will Märkte nicht ersetzen, sondern ihnen einen gesellschaftlichen Ordnungsrahmen geben und ihn durch Anreize und Eingriffe dort beeinflussen, wo dieses gesellschaftlich wünschenswert und notwendig ist. Der Staat muss den Markt aber auch dort ergänzen, wo der Markt sichtbar keine nachhaltigen Wachstumsimpulse setzt.</p> <p>Der Staat muss dabei seine Mittel und Instrumente bündeln.</p> <p>Eine solche strategische und ökologische Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe zahlreicher Politikfelder, bei der aus Wissen neue Wirtschaftsstrukturen entstehen.</p>
C90 Kapitel 4.5	
Bremer Entwurf	Vorschlag
<p>Moderne Dienstleistungspolitik</p> <p>S. 38 Z. 44 – S. 39 Z. 4</p> <p>Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen</p>	<p><u>Moderne Dienstleistungspolitik</u></p> <p><u>Im Mittelpunkt der Wertschöpfung stehen zunehmend Dienstleistungen. Auch in der Industrie nehmen Dienstleistungen ein immer größeres Gewicht ein und verschwimmen die Grenzen zwischen industrieller Arbeit und Dienstleistung.</u></p> <p>Nicht alle Arbeitsplätze in Deutschland stehen gleichermaßen im internationalen</p>

<p>Wettbewerb. Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und soziale Diensten bergen aber die größten Beschäftigungspotentiale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen. Wir wollen qualifizierte Dienstleistungen stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind zusätzliche Investitionen in die Pflege-, die Gesundheits- oder Betreuungsdienstleistungen notwendig. Auch einfache Dienstleistungen müssen attraktiver gemacht werden. Darum setzen wir uns für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ein. Im Gegenzug müssen gezielt die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sinken.</p>	<p>Wettbewerb. Dienstleistungen für Menschen in Bildung und Gesundheit, lokalem Handwerk, privaten Haushalten und soziale Diensten bergen aber die größten Beschäftigungspotentiale. Um sie zu erschließen, brauchen wir mehr öffentliche und private Nachfrage nach diesen Dienstleistungen. Eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Männern wird auch die Nachfrage nach Dienstleistungen erhöhen. Wir wollen qualifizierte Dienstleistungen stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind zusätzliche Investitionen in die Pflege-, die Gesundheits- oder Betreuungsdienstleistungen, <u>aber auch im Bildungsbereich</u>, notwendig. Auch einfache Dienstleistungen müssen attraktiver gemacht werden. Darum setzen wir uns für eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme ein. Im Gegenzug müssen gezielt die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sinken.</p>
<h2>C91 Kapitel 4.5</h2>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>Wachstum und Stabilität S. 39 Z. 8 - 18 Unsere Volkswirtschaft braucht stabile und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten. Darum muss die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa die Konjunktur festigen und ein stetiges, kräftiges Wachstum fördern. Der Staat muss durch nationale wie auch internationale Stabilisierungspolitik dazu beitragen, konjunkturelle Krisen zu überwinden. Eine hohe Binnennachfrage ist die Voraussetzung für mehr Beschäftigung. Wir setzen uns für Lohnsteigerungen ein, die sich an der Produktivität orientieren. Im unteren Einkommensbereich brauchen wir Mindestlöhne. Eine nachhaltige Wachstumsentwicklung braucht eine kontinuierlich ansteigende öf-</p>	<p>Wachstum und Stabilität Unsere Volkswirtschaft braucht stabile und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen für Unternehmen und Konsumentinnen und Konsumenten. Darum muss die Finanz- und Geldpolitik in Deutschland und Europa die Konjunktur festigen und ein stetiges, kräftiges und <u>ökologisch nachhaltiges</u> Wachstum fördern. Der Staat <u>muss stark genug sein, um</u> durch nationale wie auch internationale Stabilisierungspolitik konjunkturelle Krisen <u>wirksam</u> zu überwinden. Eine hohe Binnennachfrage ist die Voraussetzung für mehr Beschäftigung. <u>Die Entlohnung muss der Leistung gerecht werden. Dabei gilt, dass man von guter Arbeit auch leben können muss, deswegen</u> brauchen wir Mindestlöhne. Eine nachhaltige Wachs-</p>

fentliche Investitionsquote.	tumsentwicklung braucht eine kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionsquote.
C92 Kapitel 4.5	
Bremer Entwurf	Vorschlag
<p>Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen</p> <p>S. 39 Z. 23-29</p> <p>Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns Gestaltungspolitik. Solide öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Das gilt ebenso umgekehrt. Solide Staatsfinanzen sind für uns aber auch Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass der nächsten Generation eine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen wird.</p>	<p>Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen</p> <p>Haushalts- und Finanzpolitik ist für uns Gestaltungspolitik. Solide öffentliche Finanzen sind eine Grundvoraussetzung für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Das gilt ebenso umgekehrt. Solide Staatsfinanzen sind für uns aber auch Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Allerdings darf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nicht dazu führen, dass der nächsten Generation eine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen wird. <u>Der Staat braucht dazu die erforderlichen Mittel. Besonders die kommunale Ebene muss in die Lage versetzt werden, den Anforderungen an Investitionen gerecht zu werden.</u></p>
C93 Kapitel 4.5	
Bremer Entwurf	Vorschlag SPD-Bezirk Hannover
<p>S. 39 Z.31-40</p> <p>Wir wollen die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückführen und die staatlichen Ausgaben stärker auf Zukunftsinvestitionen ausrichten. Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.</p> <p>Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufga-</p>	<p>Streichung und Ergänzung durch <u>Wir wollen die staatlichen Ausgaben stärker auf Zukunftsinvestitionen ausrichten.</u> Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft braucht deutlich mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur.</p> <p>Da alle gemeinsam den Nutzen aus solchen Investitionen ziehen, müssen sich auch Unternehmen und vermögende Privathaushalte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der steuerlichen Finanzierung dieser Aufgaben beteiligen. <u>Insbesondere müssen Erträge aus Kapitalvermögen hinreichend hierzu he-</u></p>

<p>ben beteiligen. Öffentlich-Private-Partnerschaften können ein Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.</p>	<p><u>rangezogen werden.</u> Öffentlich-Private-Partnerschaften können ein Instrument sein, um nötige öffentliche Infrastrukturaufgaben zu realisieren.</p>
<p>C95 Kapitel 4.5</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>S.39 Z.49-51 Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig. Wir halten am Ziel der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit fest.</p> <p>Weiter mit S. 39 Z. 53 „Das Verhältnis von niedriger Steuerquote und hoher.....“</p>	<p>Eine ausgewogene Einkommensverteilung ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch ökonomisch vernünftig. Wir halten am Ziel der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit fest. <u>Unter Wahrung dieses Abspruchs wollen wir bei der Weiterentwicklung der Steuersysteme den Verbrauch von ökologischen Ressourcen angemessen berücksichtigen.</u></p> <p>Weiter mit S. 39 Z. 53 „Das Verhältnis von niedriger Steuerquote und hoher.....“</p>
<p>C96 Kapitel 4.5</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>Wissen und Qualifikation als Produktivkräfte S. 40 Z.11 - 18 Erfinderreichtum, gute Ideen und die Innovationen, die daraus entstehen, sind der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Mit dem Übergang von der Industriegesellschaft zur industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft wird die Rolle qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter aufgewertet. Die Wertschöpfung hängt in Zukunft entscheidend von der Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch der Älteren, sowie Investitionen in ihre Qualifizierung ab.</p>	<p>Wissen und Qualifikation als Produktivkräfte <u>Bildungspolitik hat für die Zukunft der Wissensgesellschaft einen zentralen Stellenwert. Erziehung, Bildung und Wissenschaft sind unverzichtbare öffentliche Güter. Der Ausbau von Bildung und Wissenschaft ist ein zentrales Politikfeld der Zukunftssicherung. Die Sozialdemokratie verfolgt das Ziel der Chancengleichheit, sie hat die größte Bedeutung für unsere gesellschaftliche Innovationsfähigkeit und den Selbstwert der Menschen. Bildungsinvestitionen, Produkt- und Prozessinnovationen müssen deshalb weiter ausgebaut werden. Sie sind wichtigs-</u></p>

<p>Weiter mit S. 40 Z. 18 „Unternehmen und Unternehmer müssen menschliche Fähigkeiten.....“</p>	<p><u>te Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.</u></p> <p>Weiter mit S. 40 Z. 18 „Unternehmen und Unternehmer müssen menschliche Fähigkeiten.....“</p>
<p>C97 Kapitel 4.5</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>S.40 Z.24-34</p> <p>Wissen und Ideen sind Garanten unserer Arbeitsplätze. Dieses geistige Eigentum müssen wir schützen, denn Produkt- und Markenpiraterie schädigt nicht nur unsere Wirtschaft und ihre Innovationskraft, sondern gefährdet häufig auch die Verbraucher. Wir wollen das geistige Eigentum und das Urheberrecht sichern.</p> <p>In der industriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kommt der Kreativwirtschaft eine wachsende Bedeutung zu. Wir sehen das Erfolgsrezept für mehr Innovation, Kreativität und Wertschöpfung in der richtigen Kombination aus Technologie, Talent und Toleranz.</p>	<p>Ersetzung von S. 40 Z. 24-34 durch: <u>Bildungsziele müssen aber für die ganze Erwerbsbevölkerung formuliert werden: Der Anteil gering Qualifizierter muss durch Bildung gesenkt, es müssen Aufstiegsfortbildungen und Durchlässigkeiten im Bildungssystem geschaffen werden, Gelegenheiten zum lebensbegleitenden Lernen müssen angeboten und die Erhöhung des Akademianteils vorgenommen werden.</u></p>
<p>C98 Kapitel 4.5</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Vorschlag</p>
<p>S. 40 Z. 34-37</p> <p>Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre von Offenheit für neue Ideen und Einflüsse von Querdenkern schaffen. Kreativität zu fördern, heißt für uns, immer wieder neuen Zugang und die Nutzung neuer Technologien zu ermöglichen.</p>	<p>S. 40 Z. 36</p> <p>Wir müssen in Deutschland eine Atmosphäre von Offenheit für neue Ideen und Einflüsse von Querdenkern schaffen. Kreativität zu fördern, heißt für uns, <u>neue Technologie zum Wohle der Menschen zu nutzen. Die Ergebnisse von Forschung werden dabei vielfach von kleinen und mittleren Unternehmen erfolgreich umgesetzt. Deswegen gilt es deren Zusammenarbeit mit der Forschung zu stärken.</u></p>
<p>5</p>	

C99 | Kapitel 4.5

Bremer Entwurf	Vorschlag SPD-Bezirk Hannover
Einfügen S. 42 Z. 10 nach „...dienen.“	Die Europäische Union bietet die Chance in <u>einem wichtigen Wirtschaftsraum, einheitliche Sozial, Lohn-, Steuer- und Umweltstandards einzuführen. Somit kann Sozial-, Lohn-, Steuer- und Umweltdumping in allen Staaten bekämpft werden, das sonst zu Lasten der Lebensbedingungen und -grundlagen aller Bürgerinnen und Bürger jedes einzelnen Staates nur den Renditeinteressen von wenigen dient.</u>

C100 | Kapitel 4.5

Bremer Entwurf	Vorschlag
S. 42 Z. 10-14 Wir wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir wollen das Stimmrecht der Aktieninhaber in dieser Richtung gestalten. Dies ist eine zentrale Regulierungsaufgabe für die führenden Industrieländer in der Welt.	Wir wollen Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben. Wir wollen das Stimmrecht der Aktieninhaber und die <u>Mitbestimmung der Arbeitnehmer</u> in dieser Richtung gestalten. Dies ist eine zentrale Regulierungsaufgabe für die führenden Industrieländer in der Welt.

5

C102 | Kapitel 4.6

Streiche S. 43, Z. 39-42 „In der Solidargemeinschaft... für die Arbeitslosen ein.“
und fasse neu:
„In der Solidargemeinschaft stehen die Einzelnen füreinander ein.“

10

C104 | Kapitel 4.6

Streiche S. 44, Z. 10-13 „Das Leitbild... - ... Mittelpunkt stellt.“ und fasse neu:
„Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist Emanzipation. Sie ist Voraussetzung für das Wettbewerbsprinzip und setzt ihm zugleich Grenzen. Diesem Leitbild folgt die Politik des Vorsorgenden Sozialstaats, der die Menschen dazu befähigt, ihr Leben selbstbestimmt zu meistern, indem er zusätzlichen emanzipatorischen Zielen dient und

15

neben der absichernden auch präventive und investive Politik vorantreibt.“

C105 | Kapitel 4.6

Ergänze S. 44, Z. 19 nach „...Verantwortung für das eigene Leben“

5 „...und verwahrt sich gegen Entmündigung.“

C109 | Kapitel 4.6

Streiche S. 45, Z. 40-45 „Auch weiterhin... ergänzen.“

und fasse neu:

10 „Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger an den Leistungen des Sozialstaats teilhaben lassen. Das hat zur Folge, dass auch alle sich an der Finanzierung beteiligen. Die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen wollen wir durch eine höhere und nachhaltige Steuerfinanzierung ergänzen. Dabei muss das steuerrechtliche Prinzip der Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden.“

C110 | Kapitel 4.6

Streiche S. 49, Z. 26-29 „Vorsorgende Sozialpolitik... ‚Vorbeugen statt Nachsorgen‘.“

20 und fasse neu:

„Vorsorgende Sozialpolitik beginnt vor Ort.“

C111 | Kapitel 4.6

25 Streiche S. 49, Z. 32-33 „Dabei müssen die...werden.“

und fasse neu:

„Eines besonderen Augenmerks bedarf dabei – der Gewährleistungsfunktion des Staates unbeschadet – die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Einbeziehung einer aktiven Bürgergesellschaft.“

30

C112 | Kapitel 4.6

Bremer Entwurf	Neufassung
S.43 Z.30-39 Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemo-	Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. <u>Der Sozialstaat ermöglicht Freiheit von entwür-</u>

<p>kraten gehören Demokratie und Sozialstaat zusammen. Der Sozialstaat ergänzt die bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Wohlstand und wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden nicht trotz, sondern wegen des Sozialstaats möglich. Der Sozialstaat leistet einen eigenen produktiven Beitrag für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen und den gesellschaftlichen Wohlstand sowie dessen gerechter Verteilung.</p> <p>Weiter mit S. 43 Z. 39 „Sozialstaatlichkeit ist organisierte Solidarität...“</p>	<p><u>digenden Abhängigkeiten und die Freiheit zur eigenverantwortlichen Entfaltung der eigenen Persönlichkeit in den Grenzen, die durch Gerechtigkeit und Solidarität gesetzt sind. Die SPD fragt stets nach den materiellen Bedingungen, Freiheit wahrzunehmen. Freiheit kann also nicht jenseits von Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden. Gerechtigkeit meint das Recht auf gleichwertige Lebenschancen, also auf gleiche Freiheit. Der Sozialstaat trägt materiell zu dieser Gerechtigkeit bei. Sozialdemokraten folgern die Gleichheit aus der gleichen Würde aller Menschen, die Gerechtigkeit als die Gleichwertigkeit der tatsächlichen Chancen zur Selbstentfaltung. Der Grundwert der Solidarität ist aus der geschichtlichen Erfahrung der Sozialdemokratie geboren, dass nur der Zusammenhalt die Schwachen stark macht. Solidarität ist die Voraussetzung dafür, dass auch die, die nicht über die gesellschaftliche Macht verfügen, zu Freiheit und Gerechtigkeit gelangen.</u></p> <p>Weiter mit S. 43 Z. 39 „Sozialstaatlichkeit ist organisierte Solidarität...“</p>
<p>C113 Kapitel 4.6</p>	
<p>Bremer Entwurf</p> <p>S. 43 Z. 48-52 Auch im 21. Jahrhundert bleibt es eine zentrale Frage, wie der gesellschaftliche Wohlstand verteilt wird und welche Teilhabemöglichkeiten sich damit für jeden und jede Einzelne eröffnen. Die Behauptung der Marktradikalen, dass Ungleichheit wirtschaftlichen Fortschritt befördere, ist nicht nur inhuman, sondern auch falsch.</p>	<p>Streichung</p> <p>streichen</p>

C114 | Kapitel 4.6**Bremer Entwurf**

S.43 Z.53 – S. 44 Z. 2

Nur eine Gesellschaft, die das Leitbild des Wohlstands und der Teilhabe für alle verfolgt, ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gerade in Anbetracht vielfältiger Lebensweisen und flexibler Erwerbsformen wird die zentrale Funktion des Sozialstaats wichtiger, Sicherheit im Wandel zu gewährleisten.

Weiter mit S. 44 Z. 2 „Nur wenn die Menschen...“

Neufassung

Nur eine Gesellschaft, welche die Würde der Menschen verteidigt und so Wohlstand und Teilhabe für alle organisiert, kann von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angestrebt werden.

Weiter mit S. 44 Z. 2 „Nur wenn die Menschen...“

C115 Kapitel 4.6	
Bremer Entwurf	Ergänzung
<p>S.44 Z.21</p> <p>Präventive und in Menschen investierende Sozialpolitik trägt zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme bei.</p> <p>Weiter mit S. 44 Z. 22 „Zugleich sichert der Vorsorgende....“</p>	<p>Präventive und in Menschen investierende Sozialpolitik trägt zur finanziellen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme bei. <u>Um die Prävention in Deutschland zu stärken, müssen Finanzmittel verstärkt in präventive Maßnahmen fließen. Dabei müssen die Finanzmittel insbesondere zur Verstetigung erfolgreicher Konzepte eingesetzt werden.</u></p> <p>Weiter mit S. 44 Z. 22 „Zugleich sichert der Vorsorgende....“</p>
C116 Kapitel 4.6	
Bremer Entwurf	Neufassung
<p>S. 44 Z.29-32</p> <p>Je erfolgreicher die Vorsorge wirkt, desto gezielter kann der Sozialstaat denjenigen helfen, die besonderer Unterstützung bedürfen. Dabei überwindet der Vorsorgende Sozialstaat gängiges Ressortdenken.</p>	<p>Die vorsorgenden, präventiven Elemente des Sozialstaats helfen zielgerichtet, dürfen jedoch nicht zu lasten bestehender Sicherungen erfolgen.</p>
C119 Kapitel 4.6	
Bremer Entwurf	Neufassung
<p>S.49 Z.26-33</p> <p>Vorsorgende Sozialpolitik der Kommunen setzt an den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an. Die wesentlichen Prinzipien heißen: „ Hilfe zur Selbsthilfe“, „Fördern und Fordern“ und „Vorbeugen statt Nachsorgen“. In den Kommunen erhalten die Menschen zielgerichtete Hilfe, um ihre spezifische Lebenslage besser bewältigen zu können. Kommunale Sozialpolitik muss helfen, Notlagen zu überwinden. Dabei müssen die Selbsthilfekräfte organisiert und unter-</p>	<p><u>Eines besonderen Augenmerks bedarf die Stärkung der Zivilgesellschaft und damit einer aktiven Bürgergesellschaft. Bei politischem Handeln muss die Gewährleistungsfunktion des Staates im Vordergrund stehen, die tatsächliche Erbringung von Leistungen aber effizient verteilt werden, d. h. nach wirtschaftlichen Aspekten auch auf Wirtschaft oder organisierte Bürgerschaft. Dies betrifft insbesondere die kommunale Handlungsebene.</u></p>

5

stützt werden.	
Weiter mit S. 49 Z. 35 „Die Qualität des Vorsorgenden Sozialstaates....“	Weiter mit S. 49 Z. 35 „Die Qualität des Vorsorgenden Sozialstaates....“
C120 Kapitel 4.6	
Bremer Entwurf	Einfügen
<p>S. 49 Z. 41-44</p> <p>Eine vorsorgende Kommunalpolitik orientiert sich an Sozialräumen. Wir erkennen diese Sozialräume als Handlungsfelder und bündeln dort Maßnahmen aus verschiedenen Politikfeldern, um den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten und zu fördern.</p>	<p>Eine vorsorgende Kommunalpolitik orientiert sich an Sozialräumen. Wir erkennen diese Sozialräume als Handlungsfelder und bündeln dort Maßnahmen aus verschiedenen Politikfeldern, um den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu erhalten und zu fördern.</p> <p><u>Deswegen sind die Kommunen im Rahmen einer umfassenden Reform der Finanzströme im Vorsorgenden Sozialstaat so zu stellen, dass sie den Anforderungen in den Sozialräumen gerecht werden können. Sie sind deswegen von den finanziellen Lasten der sozialen Sicherung weitgehend zu entlasten. Diese sind vorwiegend in die Sozialversicherungen zu verlagern oder sollen durch Transferzahlungen an die Kommunen ausgeglichen werden. Hingegen sollen die Kommunen in stärkerem Maße, die Finanzierung von Bildung und Betreuung eigenständig leisten können.</u></p>
C121 Kapitel 4.6	
Bremer Entwurf	Streichungsvorschlag
<p>S.49 Z.45-51</p> <p>Daher praktizieren wir eine aktive Stadtteilentwicklungspolitik der Sozialen Stadt. Die Politik der Sozialen Stadt führt Fragen der Beschäftigung, des Wohnens, der Qualifizierung, des Lebensstils und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zusammen. Ein zentrales Handlungsfeld liegt darin, die Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Zusammenarbeit, zum Miteinander und zur</p>	<p>Daher praktizieren wir eine aktive Stadtteilentwicklungspolitik. (Rest streichen)</p>

<p>sozialen Vernetzung zu stärken.</p> <p>Weiter mit S. 49 Z. 51 „ Durch die Förderung von Selbsthilfe...“</p>	<p>Weiter mit S. 49 Z. 51 „ Durch die Förderung von Selbsthilfe...“</p>
<p>C122 Kapitel 4.6</p>	
<p>Bremer Entwurf</p>	<p>Änderungen SPD-Bezirk Hannover</p>
<p>S. 50 Z.1-3</p> <p>Sozialdemokratische Politik unterstützt dieses Engagement der Kommunen, setzt sich für bezahlbaren Wohnraum ein und schützt die Rechte der Mieter.</p>	<p><u>Die Kommunen müssen über öffentliches Eigentum in der Lage sein, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beizutragen. Dazu gehört insbesondere bezahlbarer Wohnraum durch kommunalen Wohnungsbau und eine aktive Wohnumfeldplanung.</u></p>
<p>C123 Kapitel 4.6</p>	
<p>5 Füge ein in S. 45, Z. 32, Satz 2</p>	<p>In Satz 2 einfügen: „...können vom Staat, den Sozialversicherungsträgern, den freien Wohlfahrtsverbänden...“</p>
<p>10 C125 Kapitel 4.6</p> <p>Folgende Positionen und Argumente werden in die Programmdebatte eingebracht:</p>	
<p>15 Die SPD begrüßt die Idee, den Sozialstaat um präventive Elemente zu ergänzen. Wir halten das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats im Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm daher grundsätzlich für den richtigen Ansatz.</p>	
<p>20 Ausdrücklich halten wir die Verbindung von Bildungspolitik und Sozialpolitik für eine richtige Herangehensweise, um die Gesellschaft gerechter und solidarischer zu gestalten. Um die Prävention in Deutschland zu stärken, müssen Finanzmittel verstärkt in präventive Maßnahmen fließen. Dabei müssen die Finanzmittel statt der bisher ausschließlichen Projektförderung insbesondere eingesetzt werden zu einer dauerhaften Finanzierung zur Verstetigung erfolgreicher Konzepte.</p>	
<p>25 Wir legen Wert darauf, dass die sichernden Elemente des sozialen Netzes nicht gegen die präventiven Elemente ausgespielt werden. Lebensrisiken und biographische Umbrüche müssen durch das soziale Netz abgesichert werden. Die Menschen müssen wissen, dass sie den Sozialstaat immer zu ihrer Unterstützung an der Seite haben. Für uns gilt unumschränkt der im Bremer Entwurf formulierte Satz „Teilhabe an den sozialen Gütern (...)</p>	

muss allen Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, Alter oder Geschlecht von Anfang an und immer wieder aufs Neue offen stehen.“

Wir wollen Beamte nur noch im hoheitlichen Bereich beschäftigen, so dass möglichst viele Angestellte und Arbeiter in einer Erwerbstätigenversicherung zusammengefasst werden können. Es ist zu prüfen, ob auch Selbständige und Beamte mit einbezogen werden sollen. Wir wollen, dass diese Erwerbstätigenversicherung nicht nur Phasen der Weiterbildung finanziell absichert, sondern auch das Elterngeld in dieses System integrieren.

Wir begrüßen, dass die Leistungen der Sozialversicherungen zunehmend durch Steuern statt über lohnbezogene Bestandteile finanziert werden sollen. Dabei sollen Verbrauchssteuern gewählt werden, deren Verteilungswirkung höhere Einkommen angemessen berücksichtigen. Dies kann an die Vorschläge zur solidarischen Bürgerversicherung bei der Krankenversicherung ansetzen. Wir regen an, dass der Parteivorstand dazu eine Kommission einrichtet, die hierfür ein tragfähiges Modell für das Wahlprogramm 2009 entwickelt.

Wir kritisieren am Bremer Entwurf, dass die Finanzierung des Vorsorgenden Sozialstaats unklar bleibt. Für einen Zeitraum von 20 Jahren halten wir dabei die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen zum Aufbau der vorsorgenden Elemente für zwingend notwendig.

Wir schlagen vor, die Leistungen für Familien auszubauen mit dem Ziel Leistungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulausbildung, Ausbildungshilfen, Berufseingliederungen und Studium den Vorrang vor individuellen Leistungen zu geben. Wir fordern eine kostenfreie Ausbildung von der Kinderkrippe bis zum Abschluss des Erststudiums (nebst Master- und Promotionsphase). Wir halten die Formulierung zur „vorsorgenden Kommunalpolitik“ für unzureichend. Diese müssen ergänzt werden um zwei Aspekte:

1. Die Kommunen sind im Rahmen einer umfassenden Reform der Finanzströme im Vorsorgenden Sozialstaat so zu stellen, dass sie den Anforderungen in den Sozialräumen gerecht werden können. Sie sind deswegen von den finanziellen Lasten der sozialen Sicherung weitgehend zu entlasten. Diese sind vorwiegend in die Sozialversicherungen zu verlagern oder sollen durch Transferzahlungen an die Kommunen ausgeglichen werden. Hingegen sollen die Kommunen in stärkerem Maße, die Finanzierung von Bildung und Betreuung eigenständig leisten.

2. Die Kommunen müssen über öffentliches Eigentum in der Lage sein, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts beizutragen. Dazu gehört insbesondere der Zugriff auf kommunale Wohnungen und Wohnumfeldplanung.

Weiterleitung an die Programmkommission als Material

C126 | Kapitel 4.7

Der SPD-Bezirk beantragt, das Grundsatzprogramm mit folgender Ergänzung auf Seite 52 in Zeile 13 des Bremer Entwurfes zu beschließen.

Gemeinsam lernen

Wir wollen daher für ein Schulsystem werben, in dem Kinder länger zusammen und von einander lernen. Dies ist zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zum Abschluss der Sekundarstufe I mit der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems ist unser Ziel.

C127 | Kapitel 4.7

Bremer Entwurf	Ergänzen
<p>S. 50 Z. 21-23 Unser Bildungswesen muss von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen und die Integration von Zugewanderten im Blick haben.</p>	<p>Dies gilt genauso auch für die Kinder mit Behinderungen.</p>

C128 | Kapitel 4.7

Bremer Entwurf	Ergänzung
	<p>S. 50 Z.42 ergänzen: Für alle Bildungsbereiche sollen vier Prinzipien gelten: Chancengleichheit, Ganzheitlichkeit, Durchlässigkeit und Qualität. Es geht uns um die bestmögliche Bildung für Alle vom Kindergarten über die Schule bis in die Hochschule sowie um die gleichzeitige Förderung in der Breite und an der Spitze.</p>

5

C129 | Kapitel 4.7

Bremer Entwurf	Streichen
<p>S. 51 Z.11-18 Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den Analphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Bessere Medienkompetenz schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.</p>	<p>Wir brauchen bessere und breitere Bildung. Wir bekämpfen den Analphabetismus. Alle Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, sich moderner Medien bedienen zu können. Digitale Spaltungen in unserer Gesellschaft verhindern wir, indem der Umgang mit Computer und Internet in allen Bereichen von Bildung und Weiterbildung eingeübt wird. Bessere Medienkompetenz schafft die Voraussetzung für einen bewussten und kritischen Umgang mit Medien.</p>

C130 Kapitel 4.7	
Bremer Entwurf	Ergänzung
<p>S. 51 Z. 48-S. 52 Z. 3 Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung, der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes und der Gleichstellung von Mädchen und Jungen gelten.</p> <p>Weiter S. 52 Z. 5 „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des.....“</p>	<p>Ein besonderes Augenmerk muss der Sprachförderung, der gesundheitlichen Entwicklung eines jeden Kindes und der Gleichstellung von Mädchen und Jungen gelten, <u>sowie den Kindern mit Behinderungen.</u></p> <p>Weiter S. 52 Z. 5 „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben erfolgreich die Abschaffung des.....“</p>
C132 Kapitel 4.7	
Bremer Entwurf S. 52	Umstellung von Absätzen
3. Absatz	S. 52 Z. 27-32 als erster Absatz
1. Absatz	S. 52 Z. 13-17 als zweiten Absatz
2. Absatz	S. 52 Z. 19-25 als dritten Absatz

C133 Kapitel 4.7	
Bremer Entwurf	Einfügungen
<p>S. 52 Z. 50-S. 53 Z. 4</p> <p>Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Nötig sind eine gute Verzahnung von Betrieb und Schule, engagierte Hilfen für neue Betriebe. Lernschwache brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle können dabei helfen. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen.</p> <p>Weiter S. 53 Z. 6 „Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten....“</p>	<p>Das Duale System wollen wir weiterentwickeln. Es muss so modernisiert werden, dass es mit den rasanten Entwicklungen in der Arbeitswelt Schritt hält. Das Duale System muss in den neuen Branchen stärker verankert werden. Nötig sind eine gute Verzahnung von Betrieb und Schule, engagierte Hilfen für neue Betriebe. Lernschwache brauchen besondere, auf sie zugeschnittene Hilfen. Die Unternehmen sind dabei in der Pflicht, für die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses zu sorgen. Solidarische Finanzierungsmodelle <u>helfen dabei</u>. Ergänzende vollschulische Berufsausbildung muss zu gleichwertigen Abschlüssen führen. <u>Wir wollen ein Recht auf Ausbildung für alle Jugendlichen</u>.</p> <p>Weiter S. 53 Z. 6 „Schulen und Betriebe müssen gut zusammenarbeiten....“</p>
<p>Einfügungen „helfen dabei“ und „Wir wollen...“</p> <p>C134 Kapitel 4.7</p>	
Bremer Entwurf	Einfügung
<p>S. 53 Z. 32-36</p> <p>Forschung und Lehre bilden eine Einheit. Die Hochschulen müssen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen arbeiten.</p>	<p>Forschung und Lehre bilden eine Einheit. Die Hochschulen müssen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen eng zusammen arbeiten. <u>Lehre und Forschung müssen frei sein. Mit dieser Freiheit muss verantwortungsvoll umgegangen werden</u>.</p>
<p>5</p>	

C135 | Kapitel 4.7

Bremer Entwurf	Einfügung
<p>S. 53 Z. 46-48</p> <p>Das Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung heraus möglich sein. Der Staat unterstützt das Studieren durch Zuschüsse, Darlehen und Stipendien.</p>	<p>Das Studium muss auch aus einer beruflichen Qualifizierung heraus möglich sein. <u>Wir wollen, dass die Zulassung zu Fachhochschulen und Universitäten auf der Grundlage einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung im Hochschulrecht grundsätzlich geöffnet wird.</u> Der Staat unterstützt das Studieren durch Zuschüsse, Darlehen und Stipendien.</p>

C136 | Kapitel 4.7

Auf Seite 51 Z.43 streiche den 3. Satz und fasse den Absatz neu wie folgt:

5 „Die Förderung von Kindern beginnt für uns bei der gezielten Unterstützung von Schwangeren und Eltern. Die ersten Wochen und Jahre des Lebens sind entscheidend, daher sollen werdende und junge Eltern neben einer umfassenden medizinischen Betreuung insbesondere durch Kurs- und Beratungsangebote in dieser Umbruchphase unterstützt und gut vorbereitet werden.“

10

C137 | Kapitel 4.7

S. 50, Z. 42

15 Absatz anfügen: Die föderale Struktur wird den Anforderungen eines an Chancengleichheit und Qualität ausgerichteten Bildungssystems nicht gerecht. Der Bund muss neue Möglichkeiten für eine Politik gezielter Förderung und des Ausgleichs zwischen den Ländern erhalten.

C138 | Kapitel 4.7

S. 50, Z. 46/47

Satz 2 ändern in: „Chancengleichheit ist Grundlage einer gerechten Gesellschaft.“

5 **C139 | Kapitel 4.7**

S. 52, Z. 5ff

In den letzten Satz einfügen „...Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung...“.

C141 | Kapitel 4.7

10 **S. 52, Z. 54**

In Satz 3 „engagierte Hilfen für neue Betriebe“ streichen.

C142 | Kapitel 4.7

S. 53, Z. 6ff

15 In Satz 3 (Zeile 9) „Mädchen und Frauen“ ersetzen durch „Junge Menschen“. Streichen ab (Z. 11-16) „Wir wollen erreichen...“.

C144 | Kapitel 4.7

20 **S. 54, Z. 26/27**

Satz ändern in „Volkshochschulen und andere Einrichtungen der Erwachsenenbildung...“

C146 | Kapitel 4.7

25 **Streiche S. 50, Z. 21-23 „Unser Bildungswesen muss... im Blick haben.“ und fasse neu:**

Wir fordern von Anfang an die Gleichstellung von Mädchen und Jungen, die Integration von Zugewanderten und von Menschen mit Behinderungen.“

C148 | Kapitel 4.7**Ergänze S. 51, Z. 18:**

5 „Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung brauchen wir ein Bildungssystem, das dem Aufbau interkultureller Kompetenzen und der Kommunikationsfähigkeit in mindestens einer Fremdsprache von Beginn an zentrale Bedeutung beimisst. Zentrale Bedeutung kommt ferner der politischen Bildung zu.“

C150 | Kapitel 4.7**Ergänze S. 51, Z. 48 vor „Kindertagesstätten“**

10 „...Kinderkrippen und...“

C151 | Kapitel 4.7**Ergänze S. 52, Z. 9:**

15 „Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr an eine Kindertagesstätte besuchen können.“

C152 | Kapitel 4.7**Ergänze S. 52, Z. 11**

20 nach „Gemeinsam Lernen: „...in der Schule““

C155 | Kapitel 4.7**Ergänze S. 52, Z. 41:**

25 „Wir halten die Lernmittelfreiheit für eine unverzichtbare Voraussetzung der Chancengleichheit innerhalb der Schule.“

C161 | Kapitel 4.7**Ergänze S. 53, ab Z. 55:**

30 „Wir bekennen uns zur Verantwortung des Staates für die Hochschulen. Der Staat hat die Aufgabe, die Finanzierung der Hochschulen abzusichern.“

und streiche zugleich diese Sätze auf S. 53, Z. 24-26.

C162 | Kapitel 4.7

Ergänze anschließend

5 „Der Staat hat insbesondere für eine genügend große Zahl qualifizierter akademischer Lehrkräfte zu sorgen. Nur so kann die verantwortliche Betreuung der Studierenden gewährleistet, die Umstrukturierung der Studiengänge bewerkstelligt und die Abwanderung des akademischen Nachwuchses ins Ausland verhindert werden.

10 Um einen fairen Wettbewerb zwischen den Ländern zu gewährleisten und Anreize für den Ausbau von Studienplätzen zu geben, setzen wir uns für den finanziellen Ausgleich zwischen den Ländern ein“

und streiche zugleich den Satz „Um einen fairen Wettbewerb...den Ländern ein.“ auf S. 53, Z. 41-44.

15 C163 | Kapitel 4.7

Streiche S. 54, Z. 6 „...zur vierten Säule...“ und fasse neu:

„...zu einer selbstständigen Säule...“

20 C164 | Kapitel 4.7

Ergänze S. 54, Z. 10 nach „...finanzielle Förderung unterstützen.“

„Dazu gehört insbesondere die Unterstützung der Bevölkerungsgruppen, die sich aus finanziellen Gründen den Zugang zur Weiterbildung derzeit nicht leisten können.“

25 C165 | Kapitel 4.7

Ergänze S. 54, Z. 34:

„Es geht darum, das Erfahrungspotential von Seniorinnen und Senioren zu nutzen, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Belangen zu fördern und ihr am Gemeinwohl orientiertes Engagement zu stärken.“

30 C166 | Kapitel 4.8

S. 54, Z. 38/39

Ersetze Satz 1 und 2 durch: „Kinder sind Zukunft und Fundament einer jeden Gesellschaft.“

C167 | Kapitel 4.8

Füge hinzu S. 55 Z.46 nach letztem Satz

5 Nach dem letzten Satz hinzufügen (Z. 46): „Die Finanzierung frühkindlicher Erziehung muss Vorrang vor Direktzahlungen haben.“ In Satz 3 (Z. 50) statt „Eltern“ einfügen „allein erziehende Mütter und Väter“.

C168 | Kapitel 4.8

Streiche S. 56, Z. 5 – 14

10

C169 | Kapitel 4.9

Ergänzung auf S. 14 Z. 25

15 Wir wollen die sozialdemokratische Idee der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild auf allen Politikfeldern fest verankern. Sie gehört ins Zentrum gesellschaftlicher Reformen, weil nur so ein fairer Ausgleich zwischen ökonomischen Interessen und sozialen wie ökologischen Zielen ermöglicht werden kann. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung verhindert zugleich die Spaltung der Gesellschaft, indem ein dauerhaftes Gleichgewicht zwischen heutigen und künftigen Generationen angestrebt wird

20

C170 | Kapitel 4.9

Bremer Entwurf	Ergänzung und Streichung
<p>S. 56 Z. 26-30</p> <p>Wir legen unserer Politik auf allen Feldern das Prinzip Nachhaltigkeit zugrunde. Die nachhaltige Entwicklung schafft von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen die Bedürfnisse künftiger Generationen in unsere heutigen Entscheidungen mit ein.</p> <p>Energie ist ebenso wie Luft, Wasser und andere natürliche Ressourcen Lebensgrundlage unserer Zivilisation. Die heutige Energie umzugehen und Ressourcen zu verschwenden, hat mehr. Die Natur reagiert auf menschliche Einflüsse. Klimawandel gehört zu den größten globalen Gefahren. Das weltweite Wachstum des Energiebedarfs und die Zunahme des Naturverbrauchs machen rasches Umsteuern zwingend erforder-</p>	<p>Wir legen unserer Politik auf allen Feldern das Prinzip Nachhaltigkeit zugrunde. <u>Dies erfordert die Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Die Bedürfnisse künftiger Generationen sind zu berücksichtigen.</u></p> <p>(Rest streichen)</p>

lich.	
C171 Kapitel 4.9	
Bremer Entwurf	Ergänzen S. 57 Z. 21
S.57 Z.18-41	„Aus Gründen internationaler Zusammenarbeit, der <u>ökologischen Herausforderungen</u> und der Friedenssicherung...“
C172 Kapitel 4.9	
Bremer Entwurf	Neufassung S. 57 Z.41-47
S. 57 Z.41-47 Die Atomenergie erschien vielen als die große Hoffnung für das nahende postfossile Zeitalter. Sie kann diesen Hoffnungen aus vielerlei mittlerweile erkannten Gründen nicht entsprechen, unter anderem wegen unverantwortlicher Unfallrisiken und der Hinterlassenschaft atomaren Mülls für zehntausende von Jahren. Keine Generation darf kommende Generationen für derartige Zeiträume eine solche Last aufbürden.	<u>Die Atomenergie ist unter anderem wegen unverantwortlicher Unfallrisiken und der Hinterlassenschaft atomaren Mülls für zehntausende von Jahren überhaupt keine Alternative. Die SPD hat den Atomausstieg eingeleitet und wird ihn konsequent umsetzen.</u>
C173 Kapitel 4.9	
Bremer Entwurf	Einfügung
S. 57 Z.49-52 Für uns ist es deshalb eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert, den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent zu realisieren. Unser Ziel ist das solare Zeitalter. [...]	Für uns ist es deshalb eine Schlüsselaufgabe für das 21. Jahrhundert, den Wechsel von erschöpflichen zu unerschöpflichen und von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen konsequent zu realisieren. Unser Ziel ist das solare Zeitalter, <u>in dem die Energiewirtschaft maßgeblich auf nachhaltigen, erneuerbaren Energien aufbaut. [...]</u>

5

C174 Kapitel 4.9	
Bremer Entwurf	Neufassung S. 59 Z. 51 bis S. 60 Z. 35
<p>S.59 Z.23-27</p> <p>Wir fördern notwendige und gewünschte Mobilität. Sie ist aber kein Selbstzweck. Wo Wege überflüssig sind, wollen wir sie durch bessere Logistik und eine klügere Siedlungsentwicklung vermeiden. Wir investieren auf hohem Niveau in unsere Verkehrsinfrastruktur. Dabei gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit.</p>	<p><u>Im Rahmen einer nachhaltigen Raumordnung bilden Siedlungs- und Verkehrsplanung eine Einheit. Das bedeutet, dass bei sparsamem Flächenverbrauch Siedlungsbereiche auf Verkehrswege und Haltepunkte des Öffentlichen Personennahverkehrs ausgerichtet werden. Wir investieren auf hohem Niveau in unsere Verkehrsinfrastruktur.</u></p>
<p>S.59 Z. 51-55</p> <p>Dazu ist es nötig, Naturschutz konsequent durchzusetzen und den immer noch wachsenden Flächenverbrauch durch Infrastruktur, Wirtschaft und Wohnen deutlich zu reduzieren. Wir brauchen Räume der Erholung und Muße.</p>	<p>Streichen</p>
	<p>Einfügen S. 60 Z. 6</p> <p><u>Die ländlichen Räume müssen sich den demografischen Veränderungen, dem wirtschaftlichen Fortschritt und nicht zuletzt dem ökologischem Wandel stellen. Die Anpassung der Infrastruktur im Rahmen der Raumordnung an die hiermit einhergehenden Veränderungen wollen wir nutzen, um den Naturschutz konsequent durchzusetzen.</u></p> <p>Wir brauchen Räume der Erholung und Muße. Nutzen für die Menschen daraus folgt.</p> <p><u>Die Erhaltung und Schaffung einer geeigneten Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft bieten gerade dem ländlichen Raum eigenständige ökonomische Entwicklungschancen etwa für den Tourismus oder die nachwachsenden Rohstoffe, die sehr eng mit der nachhaltigen Landwirtschaft verknüpft sind.</u></p> <p>Weiter S. 60 Z. 6 „Wir wollen Pflanzen und Tiere besser schützen.....“</p>
<p>S. 60 Z. 22-35</p> <p>Entwicklung ländlicher Räume</p> <p>Die ländlichen Räume müssen sich den demografischen Veränderungen, dem wirtschaftlichen Fortschritt und nicht zuletzt dem ökologischem Wandel stellen.</p>	<p>Streichen</p>

<p>Das Ziel unserer Politik für die ländlichen Räume ist die wirtschaftliche Stärkung der Regionen, die Erhaltung und Schaffung einer geeigneten Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft.</p> <p>Das Leben in den ländlichen Räumen wird noch immer von der Landwirtschaft geprägt. Ländliche Regionen besitzen eigenständige</p> <p>Entwicklungschancen wie den Tourismus oder nachwachsende Rohstoffe, die sehr eng mit der nachhaltigen Landwirtschaft verknüpft sind. Wir unterstützen die regionale Vernetzung von Aktivitäten, die das Ziel haben, die eigenen Kräfte der Regionen zu fördern.</p>	
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

C175 | Kapitel 4.9

Streiche die Überschrift S. 56, Z. 24/25 „Nachhaltiger Fortschritt“, und fasse neu:

5 „Umwelt und Ökologie – Sicherung unserer Lebensräume“

C176 | Kapitel 4.9

Streiche S. 56 Z. 26-30 „Wir legen unserer... Entscheidungen mit ein.“ und fasse neu:

10 „Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung erfordert die Balance von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Zielen. Die Bedürfnisse künftiger Generationen sind zu berücksichtigen.“

C177 | Kapitel 4.9

Streiche ersatzlos S. 58, Z. 25-29:

15 „Die Substitution... die heimische Kohle gibt.“

C178 | Kapitel 4.9

Ergänze S. 59, Z. 17 hinter „viele Menschen“:

20 „gerade für diejenigen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind“

C179 | Kapitel 5

5 In das neue Grundsatzprogramm soll im Abschnitt 5 S. 62 Z. 9.: „Unser Weg .. ein Absatz zu folgendem Punkt aufgenommen werden: „Wir sind die Partei, die allen Generationen und den künftigen eine friedliche, sichere und selbst gestaltete Zukunft in einer intakten Umwelt bietet“.

C183 | Kapitel 5

10 **Ändere S. 62, Z. 34 „Wir sind die Partei der solidarischen Mitte“ in:**
„Wir sind die linke Volkspartei und die Partei der solidarischen Mitte.“

C184 | O. Präambel**O. Präambel**

Folgende Präambel wird dem Grundsatzprogramm vorangestellt:

15 Unser Ziel: Eine nachhaltige Zukunft

Das ist die Herausforderung unserer Zeit: Das 21. Jahrhundert wird entweder ein Jahrhundert der Nachhaltigkeit, das allen Menschen mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Demokratie eröffnet. Oder es wird ein Jahrhundert der Verteilungskämpfe und Gewalt, die sich bereits in alten und neuen Formen zeigen. Wir Sozialdemokraten kämpfen für eine Zukunft der Nachhaltigkeit. Sie verwirklicht die drei großen Leitziele der Sozialdemokratie: Frieden und Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Schutz der natürlichen Umwelt.

Wir leben in einer Zeit großer Möglichkeiten, aber auch ungekannter Gefahren und Risiken. Nachhaltigkeit ist unsere Leitidee für ein gutes und gelungenes Leben. Sie ist die Antwort der modernen Sozialdemokratie auf die Herausforderungen der Globalisierung. Sie ist keine Abkehr, sondern eine Erweiterung unserer Idee der sozialen Demokratie, die das letzte Jahrhundert geprägt und den Menschen Sicherheit und Wohlfahrt gebracht hat. Für diese Ziele stehen wir auch heute.

30 Mit der Globalisierung verschmilzt die Welt zu einem einzigen Markt. Das Kapital ist grenzenlos und lässt die Demokratie, die Bürgerinnen und Bürger, sogar große Teile der Wirtschaft in den Nationalstaaten zurück. In dem globalen Kapitalismus breiten sich Rücksichtslosigkeit und Kurzfristigkeit im Handeln aus. Weltweit schreitet die Zerstörung der Natur voran, in vielen Gesellschaften nimmt die Ungleichheit zu. Auch unser Land droht zu einer Marktgesellschaft zu werden.

35 An dieser Weichenstellung sind besonders wir gefordert, unserer geschichtlichen Verpflichtung gerecht zu werden. Am Anfang stand der Kampf für eine bessere und friedliche Gesellschaft. Er brachte den Menschen mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Auf diese Erfolge sind wir stolz. In dieser Tradition stehen wir noch immer, denn auch heute ist die soziale Bändigung des Kapitalismus, der globaler, mächtiger und anonymer geworden ist, der politische und moralische Auftrag der Sozialdemokratie.

40 Wir haben den Ernst der Lage begriffen: Auf dem Spiel stehen ein menschenwürdiges Leben, der Friede auf der Welt und nicht zuletzt die Bewohnbarkeit unseres Planeten. Doch

wir müssen neue Wege gehen, denn die alte Formel „Wachstum löst alle Probleme“ hilft nicht mehr. Der enge Zusammenhang zwischen Wachstum, Beschäftigung und Verteilung, der in den letzten Jahrzehnten viele Probleme entschärfen konnte, ist zerbrochen. Soziale und ökologische Grenzen des bisherigen Wachstums werden deutlich. Das ist die Vergangenheit, die wir schnell überwinden wollen.

Die Idee der Nachhaltigkeit schafft neue Voraussetzungen für mehr Freiheit, Frieden und eine gerechte Verteilung des Wohlstands. Sie wendet sich gegen die ökonomische Gleichschaltung der Welt. Sie bewahrt die Vielfalt der Kulturen in Partnerschaft und Kooperation, statt die Welt zu spalten und Gewalt zu verursachen.

Am Beginn einer neuen Epoche

Wir erleben die Geburtsschmerzen einer neuen Epoche. Mit der Leitidee der Nachhaltigkeit eröffnen wir die Perspektive eines neuen Fortschritts, die allen Menschen die gleichen Rechte und die gleiche Würde gibt. Fortschritt ist das, was den Menschen nutzt, seine Freiheit erweitert, Wohlfahrt verwirklicht und auch künftigen Generationen ein gutes Leben ermöglicht.

Wir streiten für eine Kultur des qualitativen Wachstums in der ökonomische Leistungskraft mit sozialer Demokratie und ökologischer Verträglichkeit verbunden ist. Das ist mehr als bloßes Wachstum, mehr als die Nutzung der Technik, zumal – wie das Beispiel Atomkraft zeigt - wir nicht alles tun dürfen, was machbar ist. Die technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten sind vorhanden, um unser Land zu erneuern und Europa zu stärken.

Nach dem Ende der zweigeteilten Welt ist die Verständigung auf eine gemeinsame Sicherheit, auf ein gemeinsames Überleben und auf eine gemeinsame Zukunft die unverzichtbare Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind die Grundwerte der Sozialdemokratie, auch unter den Bedingungen der Globalisierung.

Willy Brandt hat Recht: Neuer Fortschritt ist möglich, wenn wir ihn wollen und wenn wir für ihn kämpfen. Diese Überzeugung gewinnen wir aus dem Glauben an die Menschen, an ihren Sinn für Gerechtigkeit, an ihrem Streben nach Freiheit sowie an ihrer Fähigkeit, eine Zukunft zu gestalten, der allen zu Gute kommt. Denn die Geschichte hat gelehrt, dass nicht Systeme, sondern Menschen die Verhältnisse ändern.

Trotz aller Rückschläge und Enttäuschungen ist und bleibt die Botschaft der Sozialdemokratie, dass wir individuelle Freiheit mit der Verantwortung für das Gemeinwesen verbinden müssen, um Fortschritt zu verwirklichen. Dafür ist eine starke und moderne Sozialdemokratie überall auf der Welt die große Hoffnung der Menschen.

Ein Jahrhundert der Ökologie

Das 20. Jahrhundert war geprägt von der sozialen Frage. Durch ein hohes Wachstum und mehr Verteilungsgerechtigkeit konnten in vielen Gesellschaften Ausgrenzung, Armut und Arbeitslosigkeit entschärft werden. Dies wurde durch die soziale Bändigung der Wirtschaft möglich.

Wegweisend für mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität war die soziale Marktwirtschaft. Mit ihr wurde die SPD zur Volkspartei. Ihr gelang es, der wirtschaftlichen Entwicklung verbindliche Regeln zugunsten des Gemeinwohls zu setzen. Das zahlte sich für alle aus, durch eine gute Infrastruktur, hohe Innovationskraft und qualifizierte Arbeitnehmer auch für die Wirtschaft.

In den letzten Jahrzehnten wurde die andere Seite deutlich: technologische Arbeitslosigkeit und Auszehrung des Naturkapitals. Denn Arbeit wurde durch Technik ersetzt und das Na-

turkapital immer stärker ausgeplündert. Deshalb wird die sozial- und umweltverträgliche Modernisierung zur Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts.

Andernfalls wird die rasante Industrialisierung bevölkerungsreicher Schwellenländer wie China oder Indien zur nachholenden Naturzerstörung. Die zunehmende Knappheit endlicher Energie und Rohstoffe löst massive Verteilungskonflikte aus, die Wirtschaftskrisen und sogar Kriege zur Folge haben können. Und der Klimawandel stellt menschliches Leben radikal in Frage.

Krisen zeigen nicht nur Gefahren auf, sie eröffnen auch große Chancen, wenn wir entschlossen handeln. Deshalb streiten wir für eine sozial-ökologische Marktwirtschaft, in der das schrumpft, was nicht sozial- und umweltverträglich ist. Und in der das schnell wächst, was die Wohlfahrt und Leistungskraft unseres Landes steigert, ohne die natürlichen Lebensgrundlagen zu schädigen und die soziale Gerechtigkeit zu verletzen.

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, werben wir für einen neuen Konsens in der Gesellschaft. Die gute Nachricht ist: Wenn wir uns verständigen, eröffnen sich einmalige Chancen für Wohlstand und Arbeit, für Frieden und Sicherheit, für gemeinsame Werte und moralische Autorität.

Wir sind in der Lage, ein Bündnis von Arbeit und Umwelt zu schmieden, um sowohl Arbeitslosigkeit als auch die Naturzerstörung zu überwinden. Dafür nutzen wir den technischen Fortschritt. Im vergangenen Jahrhundert war die Steigerung der Produktivität einseitig auf die menschliche Arbeit ausgerichtet. Nun müssen wir die Energie- und Rohstoffproduktivität drastisch steigern und zugleich die Nutzung der erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffe schnell ausbauen.

Künftig wird nur die Volkswirtschaft stark sein, die in die Qualität der Arbeit investiert und die ökologisch verträglich ist. Das sind die beiden großen Knappheiten der Zukunft: Der pflegliche Umgang mit dem Naturkapital und die bessere Nutzung der menschlichen Fähigkeiten. Mit Hilfe der Wissensgesellschaft wollen wir den Energie- und Rohstoffumsatz in den nächsten 30 Jahren halbieren und die energetische Nutzung fossiler Brennstoffe beenden.

Das sind die Märkte der Zukunft. Mehr noch: Die Wissensgesellschaft befähigt die Politik, die staatlichen Institutionen zu modernisieren und die Zivilgesellschaft zu stärken: mehr Innovationen und Kreativität; mehr Partnerschaft und Anerkennung für einen verantwortungsbewussten und fairen Umgang mit unserer sozialen und natürlichen Umwelt.

Mit der Kultur der Nachhaltigkeit sind wir Sozialdemokraten die Wegbereiter eines neuen Fortschritts – national und international. Wir suchen zukunftsweisende Allianzen - mit der Wirtschaft, der Wissenschaft und den gesellschaftlichen Gruppen, die sich für eine solidarische Gesellschaft einsetzen. Die Mut machen und Zuversicht geben.

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag

Die kapitalistische Dynamik verdankt ihre Kraft starken Partikularinteressen. Diese sind legitim. Aber in unserer Welt, in der alle Menschen von Nord bis Süd, in Ost und West aufeinander angewiesen sind, müssen sie mit dem Gemeinwohl vereinbart werden. Niemand darf nur den eigenen Vorteil sehen. Wir brauchen die Bereitschaft der Menschen, sich am Gemeinwohl zu orientieren. Das ist die Grundlage für Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.

Die Zukunft muss gewiss nicht negativ aussehen, aber wir benötigen eine neue Lernkultur, mehr Erfindergeist und eine gesunde Mischung aus Solidarität und Eigeninteresse. Die Chancen, die Würde des Menschen zu bewahren und seine großen Fähigkeiten besser zu nutzen, sind da, denn in der Wissensgesellschaft, die sich vor uns aufbaut, rückt der Mensch wieder stärker ins Zentrum.

Darauf setzen wir: Teamfähigkeit, Qualifizierung, Mitgestaltung und Mitverantwortung, Kreativität und Motivation, um in eine Zukunft zu investieren, die uns neue Kraft gibt. Wir setzen auf die Stärken unseres Landes, auf qualifizierte Arbeitnehmer, auf Ingenieure und Techniker, auf Wissenschaftler und Forscher, auf Gemeinsinn und Verlässlichkeit. Alle bekommen mehr Chancen, wenn wir gemeinsam unserem Land neue Stärke geben.

Nachhaltigkeit ist nicht nur eine nationale Aufgabe. Wir bekennen uns zu dem großen Projekt Europa. Die Europäische Union, die nach der Katastrophe der europäischen Kriege, das Zusammenwachsen der Staaten vorangetrieben hat, bietet großartige Chancen, um wirtschaftliche Dynamik, soziale Sicherheit und ökologische Verträglichkeit gemeinsam und in Frieden zu gestalten. Deshalb arbeiten wir daran, dass die Europäische Union zu einer Union der Nachhaltigkeit wird, beispielgebend und ermutigend für die Gestaltung der Ordnung in der zusammenwachsenden Welt.

Wie schon bei der Friedens- und Entspannungspolitik wollen wir uns mit unseren Nachbarn verständigen über die Welt, in der wir leben wollen: über Freiheit und Sicherheit, über soziale und wirtschaftliche Normen, über kulturelle Vielfalt, über die Bewahrung der Schöpfung und die Entfaltung der Demokratie. Der Weg zu mehr internationaler Solidarität ist der geschichtliche Ursprung der SPD, um Unheil zu verhindern, Frieden und Fortschritt zu ermöglichen.

Unser Ideal ist ein sinnvolles und gelungenes Leben. Gerechte und demokratische Rahmenbedingungen erwachsen nicht aus technischer Beherrschung, ökonomischer Dominanz oder militärischem Zwang, sondern aus einem neuen Gesellschaftsvertrag, zwischen Staaten ebenso wie zwischen Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen.

Nur in einer Balance von Kooperation und Opposition, auch, wenn es erforderlich ist, von Rebellion, kommen wir zu einem guten Regieren. Kein Unternehmen hat eine gute Zukunft, wenn es sich nur auf seine Gewinninteressen zurückzieht. Eine dauerhaft leistungsfähige Wirtschaft braucht die Einbettung in die Gesellschaft, in die soziale und ökologische Verträglichkeit. Dafür gibt es keine unsichtbare Hand, die alles von selbst zu Wege brächte.

Die Menschen brauchen Wurzeln und Orientierung. Sie wollen wissen, wohin sie gehören, wohin der Weg führt und wer für sie einsteht. Starke und kompetente Menschen und das Netz der Solidarität gehören zusammen. Das bieten wir Sozialdemokraten mit der Idee der Nachhaltigkeit, in Deutschland und in Europa. Wir verhindern die Rückkehr in Unfrieden und Gewalt. Die Idee der Nachhaltigkeit ist das Gebot unserer Zeit, der Weg zu Fortschritt in der globalen Epoche.

Material für die Programmdiskussion

C185 | Anforderungen an das Programm

Wir stellen folgende Anforderungen an das neue Grundsatzprogramm:

- Soll der Anspruch erfüllt werden, das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundprinzip allen politischen Handelns festzuschreiben, reichen die Ausführungen im Kapitel „Nachhaltiger Fortschritt“ nicht aus. Daher findet der Entwurf einer Präambel von Gesine Schwan, Michael Müller und anderen unsere Unterstützung. Er verankert das Prinzip der Nachhaltigkeit, welches neue Voraussetzungen für mehr Freiheit, Frieden und eine gerechte Verteilung schafft, schon zu Beginn des Programms.

- Während der Beratungen stellte sich häufig die Frage, wie konkret die Aussagen im Grundsatzprogramm sein dürfen, sollen sie nicht schon in wenigen Monaten oder Jahren veralten. Aus diesem Grund regen wir an, das Grundsatzprogramm durch einen Anhang mit einem Katalog konkreter politischer Handlungsaufträge zu erweitern. Auf diese Weise lassen sich konkrete Instrumente wie z.B. die Förderung der Hybridtechnologie oder der Geothermie aufgreifen oder Maßnahmen berücksichtigen, die heute noch als wegweisend, nach wenigen Jahren jedoch möglicherweise nicht mehr als solche angesehen werden. Damit besteht die Möglichkeit, dynamisch auf Entwicklungen reagieren zu können, ohne die Grundsätze neu beschreiben zu müssen. Begleitet werden kann die Fortschreibung und Überprüfung des Anhangs durch die Grundwertekommission bzw. den Parteirat oder eine neue Institution innerhalb der Partei, die sich aus Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern aller Ebenen und Sachverständigen zusammensetzt.
- Wir appellieren weiter an die Planungsgruppe auf Bundesebene, den „Bremer Entwurf“ sprachlich und auch in der Präzision zu überarbeiten. Auch ein Grundsatzprogramm lebt von klaren Aussagen. Der Bremer Entwurf ist zu lang. Er enthält zahlreiche Wiederholungen und Ungenauigkeiten. Auch vor diesem Hintergrund halten wir die vorgeschlagene Präambel für geeignet, da sie die grundlegende Leitidee des Grundsatzprogramms darlegt, die nachfolgenden Kapitel auf den Punkt bringt, die Gegensätze verschiedener politischer Konzepte klar herausstellt und zugleich die Möglichkeit eröffnet, die ursprüngliche Fassung zu präzisieren.
- Wir plädieren für die Herausgabe einer Kurzfassung des neuen Grundsatzprogramms.

Die Diskussion über das Grundsatzprogramm in den Gliederungen [des Unterbezirks] hat die enorme Bereitschaft und auch den Willen der Parteimitglieder gezeigt, auch grundsätzlich die Fragen zu diskutieren, die für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im

21. Jahrhundert maßgebend sind. Wir stellen deshalb fest:

Die Formulierung konkreter politischer Antworten und die kritische Überprüfung ihrer Umsetzung endet nicht mit dem Beschluss des neuen Grundsatzprogramms auf dem Hamburger Parteitag. Programmarbeit ist vielmehr die ständige Aufgabe der gesamten Partei.

Material für die Programmdiskussion

Weiterleitung an die Programmkommission

C186 | Zur Kritik des Bremer Entwurfs

Zur Kritik des Bremer Entwurfs

Der SPD-Bezirk Hannover mischt sich aktiv in die Programmdebatte ein. Die 2003 eingerichteten Foren und die jüngsten Debatten um den Bremer Entwurf haben zu einer Reihe von Anträgen geführt, welche wir an den Bundesparteitag weiterreichen. Wir diskutieren dies, damit das Hamburger Grundsatzprogramm lesbarer, vermittelbarer und besser wird als der Bremer Entwurf und eine wirkliche Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart liefert. In diesem Sinne nehmen wir allgemein zum Programmentwurf wie folgt Stellung:

- Wir halten an der Gleichrangigkeit der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fest. Der Demokratische Sozialismus als fortwährende Aufgabe will die Ver-

wirklichung dieser Grundwerte erreichen. Wir halten daran fest, dass dieses eine andere und bessere Gesellschaftsordnung ist als jede Form des gezügelten oder ungezügelten Kapitalismus. Wir kritisieren, dass der Bremer Entwurf hier keine Vision liefert, die über die mittelfristigen Anforderungen politischen Handelns hinausgeht.

- Wir stimmen mit dem Bremer Entwurf überein, dass die Antwort auf die Internationalisierung in einer europäischen Regulierung liegt. Wir vermissen allerdings im Bremer Entwurf eine Antwort darauf, welche Regulierungen konkret auf europäischer Ebene getroffen werden sollen.
- Wir unterstützen all jene Beiträge, die versuchen die Zivilgesellschaft zu stärken. Dies darf jedoch nicht im Widerspruch zum staatlichen Handeln stehen. Im Gegenteil dazu ist die Handlungsfähigkeit des Staates Voraussetzung für eine funktionierende Zivilgesellschaft. Nur wenn soziale Sicherheit, rechtliche Gleichheit und wirtschaftliche Teilhabe garantiert sind und nur wenn der Staat die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Infrastruktur gewährleistet, kann sich zivilgesellschaftliches Handeln entwickeln.
- Das Berliner Programm war ein Meilenstein der sozialdemokratischen Programmatik zur Gleichstellung der Geschlechter. Mit dem Satz „Wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden“ war dieser Anspruch besonders zugespitzt formuliert worden. Der Bremer Entwurf fällt diesbezüglich deutlich hinter die Debatten aus jenen Jahren zurück. Allerdings gibt er nicht den Anspruch auf, dass die SPD die radikalemanzipatorische Kraft war und bleibt.
- Wir halten das Konzept des Vorsorgenden Sozialstaats und die Verbindung von Bildungspolitik und Sozialpolitik im Bremer Entwurf grundsätzlich für den richtigen Ansatz. Wir legen aber Wert darauf, dass die sichernden Elemente des sozialen Netzes nicht gegen die präventiven Elemente ausgespielt werden. Lebensrisiken und biographische Umbrüche müssen durch das soziale Netz abgesichert werden. Die Menschen müssen wissen, dass sie den Sozialstaat immer zu ihrer Unterstützung an der Seite haben.
- Wir wollen das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Schule für alle im neuen Grundsatzprogramm verankert sehen und fordern hier eine Änderung des Programms ein.

Unsere Kritiken und Anregungen werden wir mit zahlreichen Anträgen untermauern. Wir sehen den Programmprozess mit dem Grundsatzprogramm nicht als abgeschlossen an, sondern werden dann aufbauend auf das Hamburger Programm konkrete Politik für die Menschen entwickeln. Diesen Anspruch hat die SPD und wird diese Politik umsetzen, wo immer sie über die Mehrheiten und Möglichkeiten verfügt.

Material für die Programmdiskussion

Weiterleitung an die Programmkommission